



BLICKWINKEL

Politisches Magazin der AfD-Fraktion NRW

Fachkräftemangel | Spezial

Die Krise der beruflichen Bildung

Schaffen wir die Fachkräftewende aus eigener Kraft?

Demokratiesimulation Bürgerrat

Künstliche Intelligenz
Büchse der Pandora?



Kommunal Plattform



Anzeige
Yannick Noe
AfD-Fraktion im LVR
Kennedy-Ufer 2, Landeshaus
50679 Köln

Kommunalplattform

Die kommunale Austauschplattform

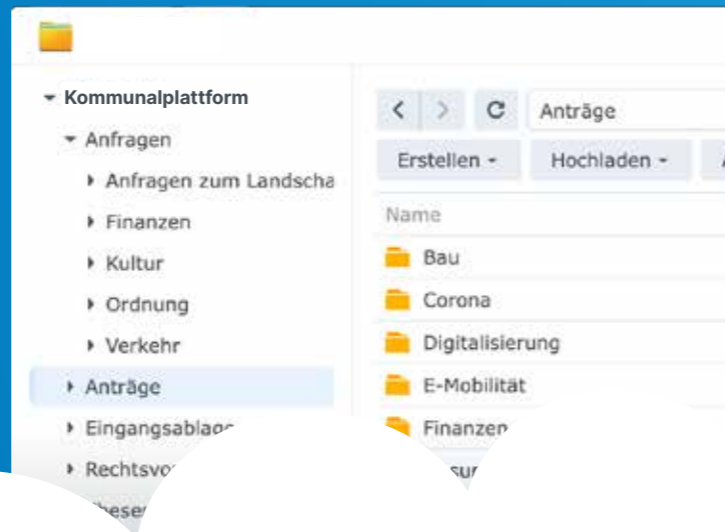
Registrieren Sie sich als Mandatsträger für unsere Kommunalplattform und profitieren Sie von sortierten Inhalten, einer Volltextsuche und einer stetig wachsenden Datenbank:
www.afd-im-lvr.de/kommunalplattform



1 Zugang
beantragen

2 Wir prüfen
Ihre Anmeldung

3 Zugriff auf
AfD-Plattform



BESSERE KAMPAGNEN
MEHR ZUSAMMENARBEIT



Editorial

DR. MARTIN VINCENTZ
MITGLIED DES LANDTAGS
FRAKTIONS-VORSITZENDER



Liebe Freunde der AfD-Fraktion NRW,
verehrte Bürgerinnen und Bürger,

vor Ihnen liegt die mittlerweile zehnte Ausgabe unseres Fraktionsmagazins „Blickwinkel“. Unsere parlamentarische Arbeit dokumentieren wir auf diversen sehr erfolgreichen Kanälen. Schaut man allein auf die Zahl der Aufrufe unseres YouTube-Kanals, die wir in dieser Ausgabe illustriert haben, so wird deutlich: Wir bringen nicht nur konservative und freiheitliche Politik näher an die Menschen, sondern die Landespolitik und den Parlamentarismus insgesamt. Keine andere Landtagsfraktion kann vergleichbare Zahlen vorweisen.

Im Gegensatz zu den Behauptungen der etablierten Presse sind die Bürger nämlich keineswegs politikverdrossen, allenfalls politikerverdrossen. Mit einigem Stolz können wir also gemeinsam auf das Geschaffte zurückblicken und zuversichtlich die vor uns liegenden Aufgaben anpacken.

Unser Kompass ist dabei klar:

Wenn alle nach Lockdowns rufen und die Impfpflicht fordern, kämpfen wir für Ihre Bürgerrechte.

Wenn alle offene Grenzen fordern und Zuwanderung nicht einmal steuern wollen, kämpfen wir für Ihre Sicherheit.

Wenn alle dem Klimawahn verfallen und immer neue Steuern und Abgaben ersinnen, kämpfen wir für Ihren Wohlstand.

Wenn alle nach neuen Zwängen rufen, kämpfen wir für Ihre Freiheit.

Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und Bürgerrechte sind auch weiter Kernthemen der AfD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen und wir sind Ihre starke Stimme, wenn alle anderen lieber schweigen.

Trotz anderslautender Ankündigungen schafft es die CDU-geführte Landesregierung seit Jahren nämlich nicht, Wohlstand und Sicherheit unserer Bürger zu schützen, sondern beteiligt sich am grünen Raubbau. Das Land selbst gab kürzlich bekannt, dass Haushalte mit einem Nettoeinkommen von bis zu 1500 Euro schon 2021 fast ein Fünftel (17 %) davon für Nahrung aufwenden mussten. Seitdem hat sich die Inflation aber unter anderem dank schwarz-grüner Energiepolitik noch einmal deutlich verschärft. Währenddessen planen die Intendanten der GEZ-Medien die nächste große Bereicherung auf Kosten der Bürger und wollen die Zwangsgebühr dem Vernehmen nach auf 25 Euro im Monat anheben lassen. Sie sehen: Ehrliche, nicht korrumpierbare Opposition im Namen der Bürger ist heute wichtiger denn je.

Im alltäglichen politischen Geschäft neigt man allerdings oft dazu, nur den Blickwinkel der Tagespolitik zu berücksichtigen. Neben unseren anderen Kanälen, deren Erfolg weiter ungebrochen ist, möchten wir Ihnen hier also regelmäßig eine sinnvolle Ergänzung unseres Angebots, einen neuen Blickwinkel, anbieten.

Hier werden Themen, die wir als Fraktion in unserer Arbeit aufgreifen, auch einmal ausführlicher behandelt. Im Gegensatz zu den etablierten Fraktionen im Landtag haben wir den Anspruch, nicht nur von Tag zu Tag Politik zu machen, sondern unserem oben beschriebenen Wertekompass langfristig zu folgen und Nordrhein-Westfalen so Stück für Stück besser zu machen.

Ihr
Martin Vincentz

Editorial

von Dr. Martin Vincenz
Fraktionsvorsitzender

3

THEMEN

Coronaimpfung

Wunderwaffe oder
Gesundheitsgefahr?

6 - 7

**Eine Strompreisbremse,
die nicht bremst!**

8 - 9

Die Rahmedetalbrücke der A45

Ein Totalversagen früherer
NRW-Verkehrsminister oder doch
persönliche Verantwortung von
Hendrik Wüst?

12 - 14

„Wer hatte recht?“

Argumentationskatalog AfD versus
„Etablierte“

24 - 25

Demokratiesimulation Bürgerrat

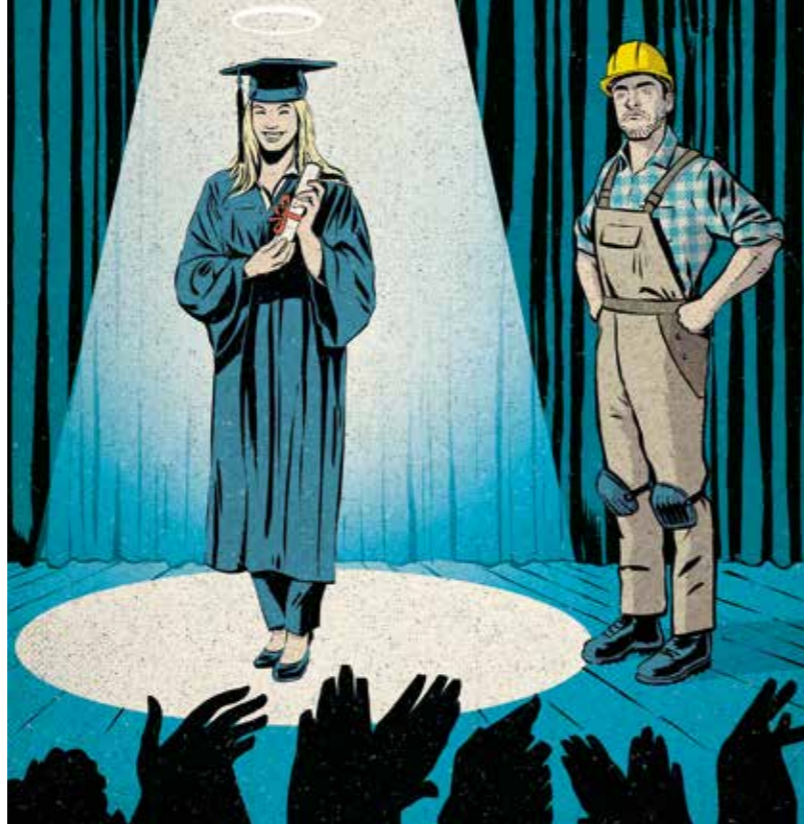
Aus einer vermeintlichen
„Demokratieverstärkung“ wird ein
Werkzeug der Spaltung.

34 - 35

**Die Landeszentrale für
politische Bildung**

partei (un-)abhängig?

36 - 37



Fachkräftemangel | Spezial

Titelthema

**Die Krise der
beruflichen Bildung**

Technologie als Chance

Fachkräftemangel in der
öffentlichen Verwaltung

Seite 16 - 23

Die Landtagsfraktion der AfD Nordrhein-Westfalen

besteht aus 11 Abgeordneten, die eine große Bandbreite von Aufgaben und Themen im Bereich der Landespolitik bearbeiten. Wir könnten dies alles ohne unsere Referenten, Unterstützer und den Rückhalt der Partei nicht schaffen.

Deswegen möchten wir uns an dieser Stelle bei unseren Referenten bedanken, die neben der täglichen parlamentarischen Arbeit an der Fertigstellung der Blickwinkel-Ausgabe grundlegend beteiligt waren:

Christer Cremer, Dominik Ebenberger, Jörg Feller, Dominic Fiedler, Maik Klaus, Maximilian Kneller, Iwar Matern, Lisa-Kristin Oheim, Elmar Salinger u. a.

Beim Barte des Propheten

Frauen bei radikal-islamistischen
Organisationen in NRW

Seite 40 - 41



INTERNATIONALES

**Warum wir die Agrobiodiversität
und Nutzpflanzenvielfalt brauchen**

10 - 11

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

**Was macht die AfD-Fraktion
in sozialen Medien so erfolgreich?**

15

AFD-FRAKTION IM LVR

**Neue Gesichter und bewährte
Methoden**

26 - 29

WER WIR SIND

Porträt

Im Gespräch mit Christian Loose

30 - 33

NATIONALES

Künstliche Intelligenz

Büchse der Pandora?

38 - 39

DEUTSCHE GESCHICHTE

1923:

Ruhrbesetzung, Inflation und Rezession -
Die Republik in der Dauerkrise

42 - 45

KURZ NOTIERT

Kurznotizen

unserer Landtagsabgeordneten

46 - 47

COMIC

Im Liberallala-Wunderland

48 - 49

BERLINER BLICKWINKEL

Rechtsstaat

weiter auf dem absteigenden Ast

50

Impressum

Bildnachweise

51



DR. MARTIN VINCENTZ
FRAKTIONSVORSITZENDER
SPRECHER FÜR ARBEITS-, GESUNDHEITS- UND SOZIALPOLITIK

CORONAIMPFUNG

WUNDERWAFFE ODER GESUNDHEITSGEFAHR?

Knapp 65 Millionen Menschen in Deutschland haben sich gegen das Coronavirus impfen lassen. Ein Teil hat auf die Wirkung der Impfungen vertraut – sie wollten sich und andere schützen. Ein anderer Teil wurde zur Impfung gedrängt, indem man mit Konsequenzen am Arbeitsplatz oder gesellschaftlicher Ausgrenzung gedroht hat. Unabhängig von der zugrunde liegenden Intention haben jedoch alle darauf vertraut, dass Wissenschaft und Politik in der Pandemiebekämpfung zusammenarbeiten und keinen Menschen fahrlässig oder gar vorsätzlich in Gefahr bringen würden.

Wie könnte überhaupt von etwas Gefahr ausgehen, zu dem man gratis Kinotickets bekommt? Im Rahmen der staatlichen Impfkampagne hat eine Zelebrierung des „Pieks“ stattgefunden, die automatisch zu einer Entzweiung in der Gesellschaft führte. Auf sämtlichen Medienplattformen wurde das kleine Pflaster am Oberarm gefeiert. Während der Ungeimpfte allein zuhause saß, wurden anderswo ganze Impfpartys gefeiert. So ließ sich ein Großteil gar mehrfach mit unterschiedlichen Impfstoffen immunisieren, damit man den staatlichen Anforderungen ge-

nügte, um am öffentlichen Leben teilhaben zu dürfen.

Während der öffentliche Fokus auf Dinge wie die vierte und fünfte Impfung oder gar eine flächendeckende Impfpflicht gelenkt wurde, wurden Bedenken gegen die Sicherheit und Verträglichkeit der diversen Impfstoffe immer lauter. Unterdessen stellte man fest, dass auch vollständig immunisierte Personen erkranken und das Virus weitertragen können. Die unschädliche Impfung als wichtigste Waffe gegen die Pandemie stellte sich letztlich als epidemiologisch wirkungslose Gesundheitsgefahr eines jeden Impfwilligen heraus. Nach und nach wurden immer mehr Impfschäden gemeldet, welche in ihrer Intensität und den Gesundheitsbeeinträchtigungen von Schlaganfällen bis hin zum Tod reichten.

In NRW sind bis Ende 2022 831 Anträge auf Ausgleich von Impfschäden durch die Coronaschutzimpfung eingegangen. Die Anträge wurden von geimpften Personen selbst oder den Hinterbliebenen gestellt, aufgrund der Vermutung, dass die Coronaimpfung zu einem Gesundheitsscha-

den oder zum Tod (zwei Fälle) geführt habe. Die Antragsteller brachten „vor allem neurologische Schäden mit der Impfung in Verbindung [...], Hirnvenen-Thrombosen etwa, aber auch Schlaganfälle, Herzinfarkte und das Guillain-Barré-Syndrom, eine seltene Nervenerkrankung“, so die dpa Ende Dezember.

AUF SÄMTLICHEN MEDIENPLATTFORMEN WURDE DAS KLEINE PFLASTER AM OBERARM GEFEIERT

Anerkannte Impfschäden sind definiert als nachweisbare Impfkomplicationen, die längerfristig eine gesundheitliche oder wirtschaftliche Folge durch die Schutzimpfung darstellen.

In NRW waren laut Gesundheitsministerium Ende 2022 36 Anträge, darunter die beiden Todesfälle, anerkannt. 93 wurden abgelehnt, 675 waren noch in der Bearbeitung und 27 hatten sich auf andere Weise erledigt. Letzteres könnte z. B. eine Rücknahme vor der endgültigen Bearbeitung sein; die Gründe sind jedoch nicht vermerkt. Im gesamten Bundesgebiet wurden bereits 253 Anträge auf Impfschäden bewilligt (Stand Ende Januar 2023); es

wurde also ein direkter Zusammenhang zwischen der Impfung und dem Gesundheitsschaden nachgewiesen.

Aber wie kann es sein, dass ein Impfstoff, welcher zu Beginn der Impfkampagne vom späteren Bundesgesundheitsminister als „nebenwirkungsfrei“ beworben wurde, so viele schwerwiegende Nebenwirkungen haben kann? Wie kann es sein, dass so viele

Lauterbach spricht im Zusammenhang mit der „nebenwirkungsfreien“ Impfung von einem Fall eines schwerwiegenden Impfschadens pro 10.000 Impfungen. Einer von bis zu 10.000 Menschen, die teils mit einer gratis Bratwurst zur Impfung in überfüllte Stadthallen gelockt wurden, wird im schlimmsten Falle sein Leben lang mit den Nachwirkungen zu kämpfen haben, sofern er sie überlebt hat.

nen Jahre Lehren für die Zukunft zu ziehen, Forschungsmittel zu investieren, um diese Pandemie von Grund auf aufzuarbeiten.

Die Opfer sollten bedacht werden

Aber vor allem sollten die Opfer des staatlich verfehlten Krisenmanagements bedacht werden, die Personen, die ihr Leben lang unter gesundheitlichen Folge-



Quelle: IMAGO/Future Image

NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst stellt die neuen Kampagnenmotive zur Booster-Impfung vor. Düsseldorf, Dezember 2021

Bürger, welche den staatlichen Institutionen ihr Vertrauen geschenkt haben, teilweise ihr ganzes Leben mit schwerwiegenden Einschränkungen für eben dieses Vertrauen bezahlen müssen?

Derweil gibt es auch auf der Regierungsseite ein Umdenken und Bundesgesundheitsminister

Die einzig richtige Konsequenz sollte nun sein, das Vergangene aufzuarbeiten und die Akteure auf der Basis unserer rechtsstaatlichen Prinzipien zur Verantwortung zu ziehen – Parlamentarische Untersuchungsausschüsse einzusetzen und mit Hilfe des wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns der vergange-

schäden leiden werden. Da stellt sich nur die Frage, wo bleibt da der Tweet unseres Social-Media-begeisterten Gesundheitsministers? Wäre eine öffentliche Entschuldigung und das Eingeständnis von Fehlern nicht ein Zeichen von Größe, welches man von einem Bundesminister erwarten kann?



EINE STROMPREISBREMSE, DIE NICHT BREMST!

KI-generiertes Bild - Quelle: midjourney.com

Entlastung tut Not. In fast allen Bereichen unseres Lebens werden wir mit einer Inflation von lange nicht gekanntem Ausmaß konfrontiert. Überall scheinen die Preisschilder ausgetauscht. Unsere Bundesregierung verspricht uns aber den Segen: „Die Bundesregierung entlastet Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen mit den Strom- und Gaspreisbremsen von den stark gestiegenen Energiekosten. Die Basisversorgung wird damit günstiger.“

Die Bundesregierung entlastet uns? Machen wir den Faktencheck!

Früher war nicht alles besser?

Windindustrie und Photovoltaik-Anlagen lieferten im Jahre 2017 an einem normalen Tag eine Leistung zwischen 10 und 20 Gigawatt. Braun- und Steinkohle lieferten zusammen 45 Gigawatt, Kernkraft etwa 10 Gigawatt und der Rest kam von Biomasse-, Gas- und Wasserkraftwerken.

Der Börsenmarktpreis auf der Erzeugerseite – der natürlich nicht dem Preis entspricht, den wir zuhause bezahlen, denn es kommen noch Netzentgelte, Abgaben und diverse andere Posten dazu – lag bei rund 3,4 Cent/Kilowattstunde.

Schon zu dieser Zeit konnten sich die Lieferanten der sogenannten Erneuerbaren übrigens über eine Vergütung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz von etwa 8 bis 12 Cent/kWh freuen. Während der Betreiber eines Braun- oder Steinkohlekraftwerkes sich also mit 3,4 Cent/kWh zufrieden geben

musste, kassierten die Wind- und Solarbarone eine hohe Festvergütung.

Aber wir wollen nicht zu kritisch sein. Denn wie sehr würden wir uns freuen, die Strompreise von 2017 wieder auf unseren Abrechnungen zu haben! Aber diese Zeiten sind unwiederbringlich vorbei. Warum?

Der kaputt reparierte Energiemarkt

Unter dem Deckmantel „Klimaschutz“, einem Begriff, der mittlerweile wie selbstverständlich massive Änderungen unserer Lebens- und Konsumgewohnheiten rechtfertigen soll, sind diverse Eingriffe in den Strommarkt vorgenommen worden, die den Preis von Energie in die Höhe trieben.

Zum einen wurde das Angebot an Strom massiv reduziert: 25 Gigawatt Leistung aus Kohle- und Kernkraftwerken wurden per Staatsbefehl abgeschaltet. Nun mussten dort Gaskraftwerke einspringen, wo vorher günstige Kohlekraftwerke geliefert haben. Der Hersteller-Strompreis stieg um 2 Cent/kWh.



CHRISTIAN LOOSE, MdL
SPRECHER FÜR WIRTSCHAFTS-, INDUSTRIE-, KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK

Zum anderen hat die EU die CO₂-Zertifikate im Strommarkt massiv verteuert. Die Kosten für die Zertifikate wirken wie eine Steuer und erhöhen den Strompreis. Lag der Preis für die erlaubte Emission einer Tonne CO₂ 2017 noch bei 6 Euro je Tonne, stieg er im Jahr 2021 auf 83 Euro je Tonne an. Strom aus Braunkohlekraftwerken wurde dadurch um 9 Cent/kWh teurer, Strom aus Gaskraftwerken um 3 Cent/kWh. Plötzlich war Kohlestrom durch die CO₂-Steuer am teuersten und die Kohle wurde vom Gas an den Rand des Marktes gedrängt. Der danach ermittelte Börsenstrompreis erhöhte sich dadurch auf 12 bis 15 Cent/kWh. Und dieser Marktpreis gilt auch dann noch, wenn wieder Frieden zwischen Ukraine und Russland herrschen würde.

Staat und „Erneuerbare“-Lobby als Gewinner

Das Leiden der Bürger unter den hohen Strompreisen beschert dem Staat hohe Einnahmen. Allein im Jahr 2022 hat die Bundesregierung laut Umweltbundesamt mit der Versteigerung von CO₂-Zertifikaten 6,8 Mrd. Euro im Rahmen des Europäischen Emissionshandels eingenommen. Plus weitere 6,4 Mrd. Euro aus dem nationalen Emissionshandelsystem! Dagegen war der Ablasshandel der katholischen Kirche im Mittelalter Peanuts.

Die hohen Preise sorgten aber nicht nur beim Staat für Einnahmen. Die größten Profiteure im Jahr 2022 waren die Betreiber von Windindustrieanlagen und Großflächen-Photovoltaik-Anlagen. Während sie in vorigen Jahren „nur“ 8–12 Cent/kWh Festvergütung bekamen, profitieren sie nun vom Wahlrecht des sogenannten Marktprämienmodells. Jetzt durften sie statt der Festvergütung den höheren Börsenpreis nehmen und kassierten im Jahr 2022 laut Schätzung der Bundesregierung 18 Mrd. Euro mehr, als sie an Festvergütung bekommen hätten.

Der nächste, fatale Reparaturversuch

Des einen Freud, des anderen Leid. Am Ende zahlen wir Bürger und unsere Industrie die Zeche für diese teure Fehlpolitik. Doch Bürger und Industrie

sollten das nicht merken. Und so erschuf man mit dem Strompreisbremsegesetz ein neues schuldenfinanziertes Bürokratiemonster zur Beruhigung der Bürger.

Die Industrie sollte für Strom ‚nur‘ 13 Cent/kWh und für Gas ‚nur‘ 7 Cent/kWh bezahlen. Doch halt: Das gilt nur, wenn der Industriebetrieb seine Bedürftigkeit nachweisen kann, und nur für 70 Prozent des Vorjahresverbrauchs.

13 Cent für Strom und 7 Cent für Gas hört sich doch nach einem guten Deal für die Industrie an, oder? Doch ein Blick in die USA zeigt: Die Abwanderung wird unweigerlich kommen!

Denn in den USA zahlen Unternehmer für Strom nicht 13, sondern nur 7 Cent, für Gas nicht 7, sondern nur 2,5 Cent – also in beiden Fällen nur einen Bruchteil der deutschen Preise! Und wir wissen, dass die Unternehmer im Gegensatz zur Regierung noch rechnen können.

Die Konsequenz

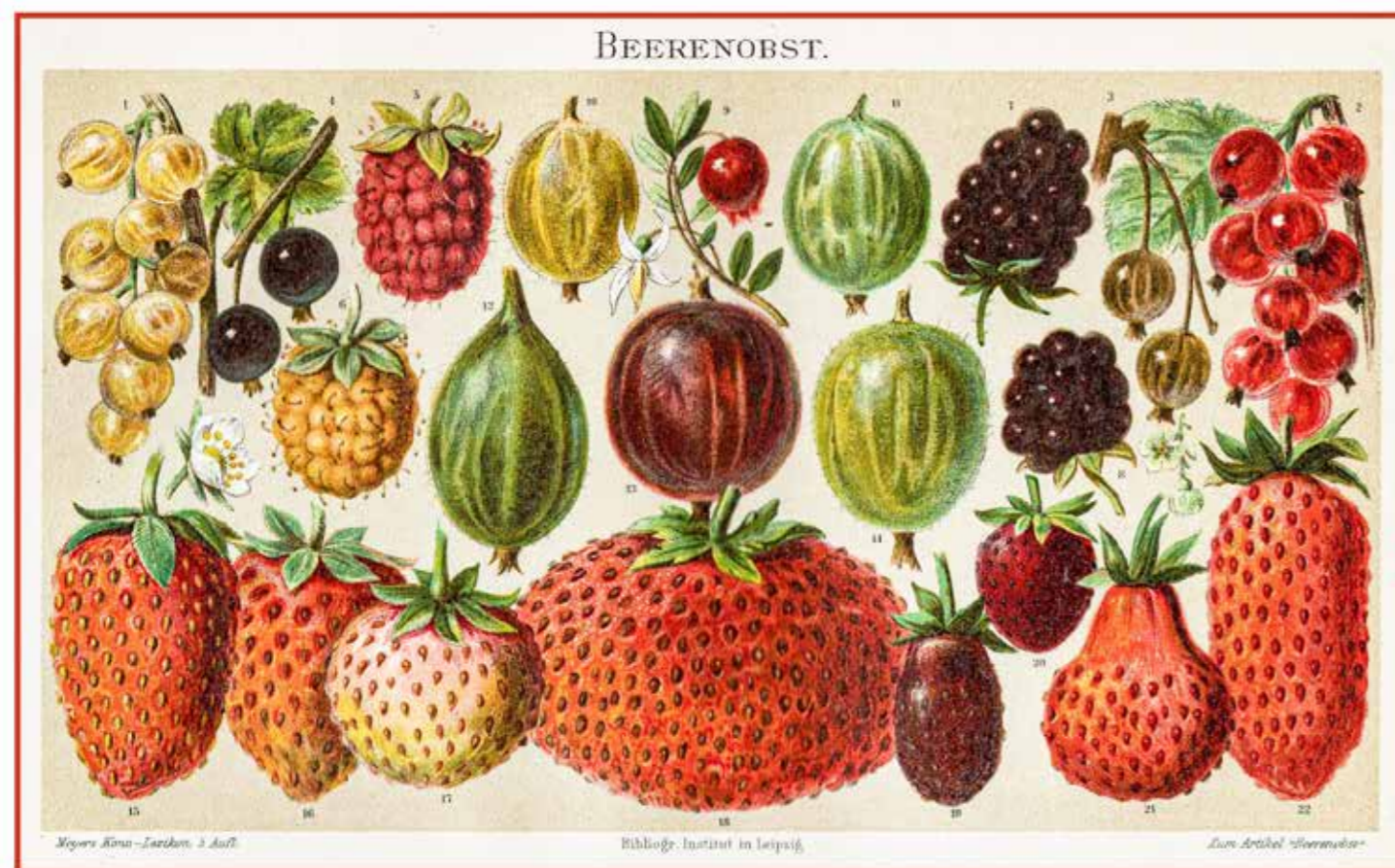
Und so gehen bekannte Unternehmen wie Bayer oder BASF dorthin, wo die Energie günstiger ist. Andere, weniger bekannte Unternehmen finden sich meist nur als Kurznotiz in den Nachrichten: Sei es die kleine Privatbrauerei Bischoff aus Brühl bei Bonn, der Hygienepapierhersteller Hakle aus Düsseldorf oder der Kunststoff- und Düngemittelhersteller Borealis, ebenfalls aus Düsseldorf. So unterschiedlich ihre Geschäftsmodelle sind, alle eint ein Grund für ihre Probleme und die daraus folgende Verlagerung: die höchsten Energiepreise der Welt hier in Deutschland.

Wir stellen uns gegen den Verlust unserer Arbeitskräfte. Und das geht nicht mit Preisbremsen aus der DDR-Mottenkiste. Das geht nur mit dauerhaft günstigen Strom- und Energiepreisen. Dazu müssen wir nur die CO₂-Zertifikate billiger machen oder ihren Preis auf null setzen! Die stillgelegten Kohle- und Kernkraftwerke reaktivieren! Die sogenannten Erneuerbaren den Preis der für sie notwendigen Backup-Kosten tragen lassen und moderne CO₂-freie Kernkraftwerke bauen!

WARUM WIR DIE AGROBIODIVERSITÄT UND NUTZPFLANZENVIELFALT BRAUCHEN



ZACHARIAS SCHALLEY, MdL
SPRECHER FÜR UMWELT- UND LANDWIRTSCHAFTSPOLITIK



BEERENOBST-FARBLITHOGRAFIE AUS DEM „MEYER-LEXIKON“ UM 1880
JAHRGANGSBOTANIK – GARTENFRÜCHTE

1-4 JOHANNISBEEREN (RIBES), 5-6 HIMBEEREN (RUBUS IDAEUS), 6-8 BROMBEEREN (RUBUS FRUTICOSUS),
9 PREISELBEEREN (VACCINIUM OXYCCOSUS), 10-14 STACHELBEEREN (RIBES UVA-CRISPA),
15-22 ERDBEEREN (FRAGARIA)

Quelle: Shawshots/Alamy Stock Photo

Alte Kultursorten sind das Ergebnis der Arbeit unserer Vorfahren, die über Generationen hinweg eine Vielzahl von Sorten entwickelt haben, um den Herausforderungen ihrer Zeit zu begegnen. Diese Sorten sind von unschätzbarem Wert, doch leider sind viele vom Aussterben bedroht. Die Globalisierung und die damit einhergehende weltweite Angleichung der Lebensverhältnisse haben in vielen Bereichen die Vielfalt auf der Welt zerstört. So hat auch der moderne Anbau von industriellem Hybrid-Saatgut die alten Sorten fast vollständig verdrängt. Dabei braucht unsere Welt eine Vielfalt an Pflanzen und Kulturen, um zu überleben.

Die modernen Hybrid-sorten wachsen schneller und mit größeren Erträgen, sind aber anfällig für Krankheiten und Schädlinge und können den Boden auslaugen. Hinzu kommt die Monopolisierung der Produktion und die Abhängigkeit der Erzeuger von einigen wenigen Unternehmen.

Die alten Kultursorten sind dagegen widerstandsfähiger und bieten eine breitere Palette an Nährstoffen und Geschmacksrichtungen. Als Ausdruck unserer Identität symbolisieren sie unsere Heimat und Vorfahren.

Jetzt ist es an uns, diese Arbeit fortzusetzen. Wie ein Archivar, der kostbare Dokumente vor dem

Zerfall bewahrt, dürfen wir diese Sorten nicht in Vergessenheit geraten lassen. Nur so können wir eine Welt reich an Geschmack, Vielfalt und Nachhaltigkeit schaffen.

Die Zeit drängt. Viele alte Kultursorten sind bereits verloren. In den letzten Jahrzehnten hat die Agrobiodiversität rapide abgenommen. Von 30.000 bekannten essbaren Sorten landen lediglich 200 auf dem Teller. Die Welt-ernährungsorganisation kommt

In den letzten 100 Jahren gingen ca. 75 % aller Kulturpflanzen verloren

zum bitteren Ergebnis, dass in den letzten 100 Jahren ca. 75 % aller Kulturpflanzen verloren gingen – sogar bis zu 90 % in der EU.

Die Kultursorten haben sich über Jahrhunderte entwickelt und doch wurden viele in wenigen Jahrzehnten ausgelöscht. Wie kann es sein, dass so viele wertvolle Teile unserer Kultur einfach verschwinden? Wie wurde die Arbeit unserer Vorfahren so leichtfertig zunichte gemacht?

Dahinter steckt nicht der Klimawandel oder ein böser Autokrat. Kulturpflanzen gehen zurück, weil sie nicht mehr angebaut werden. Das haben wir jenen zu

verdanken, denen Regionalität, Heimat und Identität gleichgültig sind, weil nicht profitabel genug.

Die Entscheidungsträger müssen zur Verantwortung gezogen werden. Wir können es uns nicht leisten, weitere Schätze zu verlieren. Es ist an der Zeit, gemeinsam dafür zu kämpfen, diese wertvollen Sorten zu bewahren und sicherzustellen, dass sie auch für zukünftige Generationen erhalten bleiben.

Die Schaffung eines Zentrums für Obstvielfalt und eine flächendeckende Erfassung sind wichtige Schritte, um die noch vorhandenen alten Sorten zu retten.

Das Zentrum für Obstvielfalt wäre ein kreatives Laboratorium, in dem Experten und Enthusiasten wie Köche arbeiten können: Sie nutzen die vorhandenen Zutaten, um neue und aufregende Kombinationen zu schaffen und so die Erhaltung der Pflanzen zu fördern. Auch die finanzielle Förderung von Streuobstwiesen ist ein wichtiger Schritt. Diese Wiesen sind wichtige Lebensräume für Pflanzen und Tiere und bieten eine ideale Umgebung für alte Kultursorten. Ihre Förderung würde gleichzeitig den Schutz der Umwelt fördern.

Eine Politik für Mensch und Natur, die schmeckt und unsere Identität bewahrt.



Am Sonntag, den 07. Mai 2023 wurde die Rahmedetalbrücke in Lüdenscheid gesprengt.

Die Sprengung in bebautem Umfeld ist schwierig, die 17.000 Tonnen schwere Brücke musste akkurat aus bis zu 70 Metern Höhe auf ein Fallbett stürzen.

Quelle: picture alliance/dpa/Christoph Reichwein

DIE RAHMEDETALBRÜCKE DER A45

Ein Totalversagen früherer NRW-Verkehrsminister oder doch persönliche Verantwortung von Hendrik Wüst?

Die Talbrücke Rahmede ist eine 453 Meter lange Autobahnbrücke zwischen den Anschlüssen Lüdenscheid und Lüdenscheid-Nord der A45. Sie ist seit Dezember 2021 komplett für den Verkehr gesperrt. 7500 Lkw quälen sich seitdem jeden Tag

durch die Stadt. Die Brücke ist Dauerthema in der Region und Gegenstand hitziger parlamentarischer Debatten im Landtag von Nordrhein-Westfalen – denn der Schaden ist groß, das Kind längst in den Brunnen gefallen. Die Regierung mauert.



KLAUS ESSER, MdL
STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDER
SPRECHER FÜR VERKEHRSPOLITIK

Eine Chronik politischen Versagens

Schon bei der ersten Sondierung der Ereignisse rund um die Totalsperrung der Talbrücke Rahmede wird deutlich: Beträchtliche Schäden waren schon 2008 bekannt, dennoch haben frühere NRW-Verkehrsminister der CDU und ab 2012 auch der SPD-Minister Groschek die Schäden ignoriert. Wurden aufgrund einer Bewertung von 2016 erneut andere Projekte vorgezogen? Hier zeichnet sich schon im Vorfeld des nun eingesetzten parlamentarischen Untersuchungsausschusses eine jahrelange Abfolge politischen Versagens ab, die sich ab 2017 unter Verkehrsminister Wüst fortsetzte. Versagen aber führt im heutigen Politikbetrieb kaum mehr zu Konsequenzen und gar Rücktritten. Im Gegenteil: Hendrik Wüst wurde 2021 zum Ministerpräsidenten befördert und 2022 wiedergewählt.

Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss muss die Wahrheit ans Licht bringen

Soweit ersichtlich, wurde eine Erneuerung der Brücke bis 2017 immer wieder vorangetrieben. So wurden 2016 eine Umweltverträglichkeitsprüfung und eine Planvorstellung umgesetzt. Der geplante Neubau sollte 2019 erfolgen. Dann folgte 2017 ein Koalitionswechsel in NRW und Hendrik Wüst wurde Verkehrsminister. Was dann geschah, muss nun ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss (PUA) klären. Den hatte die AfD-Fraktion NRW bereits im Januar 2023 beantragt, als klar wurde, dass die heutige Landesregierung an einer konstruktiven Aufarbeitung nicht interessiert ist und Informationen nur scheinbar herausrückt.

Bürger aus der Region Südwestfalen konnten mit weiter ▶

DEMZUFOLGE WURDE KEINE DER BEREITS IN DER HAUPTPRÜFUNG 2005 ANGEMAHNTEN MASSNAHMEN AN DER BRÜCKE UMGESETZT

Hilfe des Informationsfreiheitsgesetzes Einsicht in das Brückenbuch erwirken, das sämtliche relevanten Brückendaten sowie Prüfberichte enthält. Sie äußerten sich schockiert über die lückenhafte Dokumentation im Brückenbuch.

Demzufolge wurde keine der bereits in der Hauptprüfung 2005 angemahnten Maßnahmen an der Brücke umgesetzt. Die Prüfer hielten 2008 Folgendes im Brückenbuch fest:

„Brücke, gesamtes Bauteil Prüfung nicht möglich, das Bauwerk wird zur Zeit instandgesetzt, eine Prüfung im Rahmen E2008 ist nicht möglich. [...] Undichtigkeit der Entwässerung oberhalb der Streben, Schweißnähte, Schrauben starke Korrosion, Kappen und Gesimse instantsetzen. [...] Nächste Hauptprüfung vor Abnahme der Bauleistung durchführen.“

Vorenthaltenes Brückenbuch, fehlende Mail-Korrespondenz, lückenhafte Akten

Fragen zum Brückenbuch wurden im Vorfeld des parlamentarischen Untersuchungsausschusses allein durch die AfD-Fraktion NRW gestellt. Hier sind auch die Ergebnisse des Messverfahrens mit Laserscan im Rahmen der

Brückenprüfung wegen der Neu- baumaßnahme in den Fokus gerückt, die letztlich zur Totalsper- rung im Dezember 2021 führten. Diese Sperrung führt nun dazu, dass eine ganze Industrieregion, ein bedeutender Wirtschafts- raum in Geiselhaft genommen wird. Die Folgen sind ein wirt- schaftlicher Niedergang und die Abwanderung von Betrieben. Unternehmen können nicht auf unbestimmte Zeit auf eine funk- tionierende Verkehrsinfrastruk- tur warten.

Vor Ort in Lüdenscheid

Bei einer Veranstaltung in Lü- denscheid lautete meine For- derung, dass es „dringend eine Umkehr in der Verkehrspolitik braucht“. Statt unsere Infrastruk- tur sehenden Auges verfallen zu lassen, benötigen wir Investitio- nen und Gesetze zur Planungs- beschleunigung, um das Ver- kehrssystem an die aktuellen und zukünftigen Anforderungen anzupassen.

Davon sind wir derzeit weit ent- fernt. Der heutige Ministerprä- sident Wüst steckt im Irrweg einer Verkehrswende, in den er sich bereitwillig vom grünen Ko- alitionspartner führen ließ. Es muss offenbar erst noch sehr viel schlimmer kommen, um dann den Höhepunkt im vollkomme- nen Fiasko zu erreichen – eine schmerzhaft Katharsis. Denn angesichts der Zeitabläufe bei Planfeststellungsverfahren, des immer stärkeren Kostendrucks und des geringen Tempos der Brückenneubauten ist es nur eine Frage der Zeit, bis wir auf einmal sehr viele Rahmedetal- brücken haben. Der Zustand der Brücken in NRW und in Deutsch- land stimmt wenig zuversicht- lich. Gerade sind im Frühjahr

2023 Befahrungsverbote für die Rheinbrücke bei Uerdingen ver- hängt worden.

Neben Aufklärung zur Talbrü- cke Rahmede benötigen wir eine echte Sanierungsoffensive für unsere Verkehrsinfrastruktur. Es reicht mitnichten aus, Lkw-Fahr- verbote zu verhängen oder Tem- po 30 dort festzulegen, wo oh- nehin im Dauerstau nur Schritt gefahren wird. Solche Maßnah- men bereiten nur Verwaltungsaufwand, ohne die Probleme zu beheben. Fakt ist: 6850 der 7500 Lkw, die täglich Lüdenscheid pas- sieren, gehören nicht zum über- regionalen Schwerverkehr und wären ohnehin nicht von einem Durchfahrtsverbot betroffen. Mehr als 90 Prozent der täglichen Lkw-Fahrten durch Lüdenscheid dienen also dem wirtschaftlichen Interesse der Stadt und Region, ihren Unternehmen und letztlich auch ihren Bewohnern – unseren Bürgern vor Ort in Südwestfalen.

Die politisch Verantwortlichen werden sich in den kommenden Monaten harte Fragen gefallen lassen und sich ihrer Verant- wortung stellen müssen, denn der parlamentarische Untersu- chungsausschuss kommt. Die AfD-Fraktion hat dies vorbehalt- los unterstützt, wenngleich ein nahezu deckungsgleicher Antrag der AfD Anfang März von den Op- positionsparteien SPD und FDP noch aus fadenscheinigen Grün- den abgelehnt wurde. Auf diese Weise wurde der Beginn einer Untersuchung aus taktischen Gründen nochmals um Wochen verzögert. Die AfD-Fraktion NRW interessiert sich aber nicht für solche parteipolitischen Win- kelzüge, sondern steht für echte Aufklärung und Sachpolitik im Sinne der Bürger Nordrhein- Westfalens ein.

VON CHRISTIAN SCHÄLER

WAS MACHT DIE AfD-FRAKTION IN SOZIALEN MEDIEN SO ERFOLGREICH?

Das gab es noch nie: 100.000 Abonnenten, 66 Millionen Aufrufe – unsere AfD-Fraktion in NRW hat den stärksten YouTube-Kanal aller Landtagsfraktionen deutschlandweit.

Auch auf anderen Social-Media-Plattfor- men liegen unsere Reichweiten deutlich höher als die der anderen Fraktionen. So folgen uns auf TikTok über 80.000 Men- schen und unsere Inhalte wurden schon über 900.000-mal geliket. Woran liegt das? Was macht AfD-Inhalte in sozialen Netzwerken so erfolgreich?

Die Antwort auf diese Frage lieferte aus- gerechnet die Tagesschau, als sie kürzlich schrieb: „Die AfD ist [...] vor allem auf eine Weise erfolgreich: Indem sie sich nicht anbietet.“

Es verwundert daher nicht, dass nur die AfD-Fraktion auf jungen Plattformen er- folgreich ist. Denn wir glauben an und vertrauen auf die Freiheit.

Junge Menschen wollen nicht von auf jugendlich gestylten Politikern mit den neuesten Tänzen, Essensfotos und „Challenges“ verbalbert werden. Aus unzähligen Rückmeldungen wissen wir:

Sie wollen schlicht das, was man von Volks- vertretern auch erwarten darf: dass sie

authentisch sind – egal ob das im Einzel- fall leiser oder lauter, ernster oder lustiger ist. Deshalb machen wir ihnen und ihrem freien Urteilsvermögen das zugänglich, was sie z. B. im WDR viel zu selten zu se- hen bekommen: Inhalte, die zeigen, wofür AfD-Politik tatsächlich steht. Ob sie das

Denn wir sind zutiefst überzeugt: Es gibt gar keine Politikverdrossenheit, nur Politikerverdrossenheit.

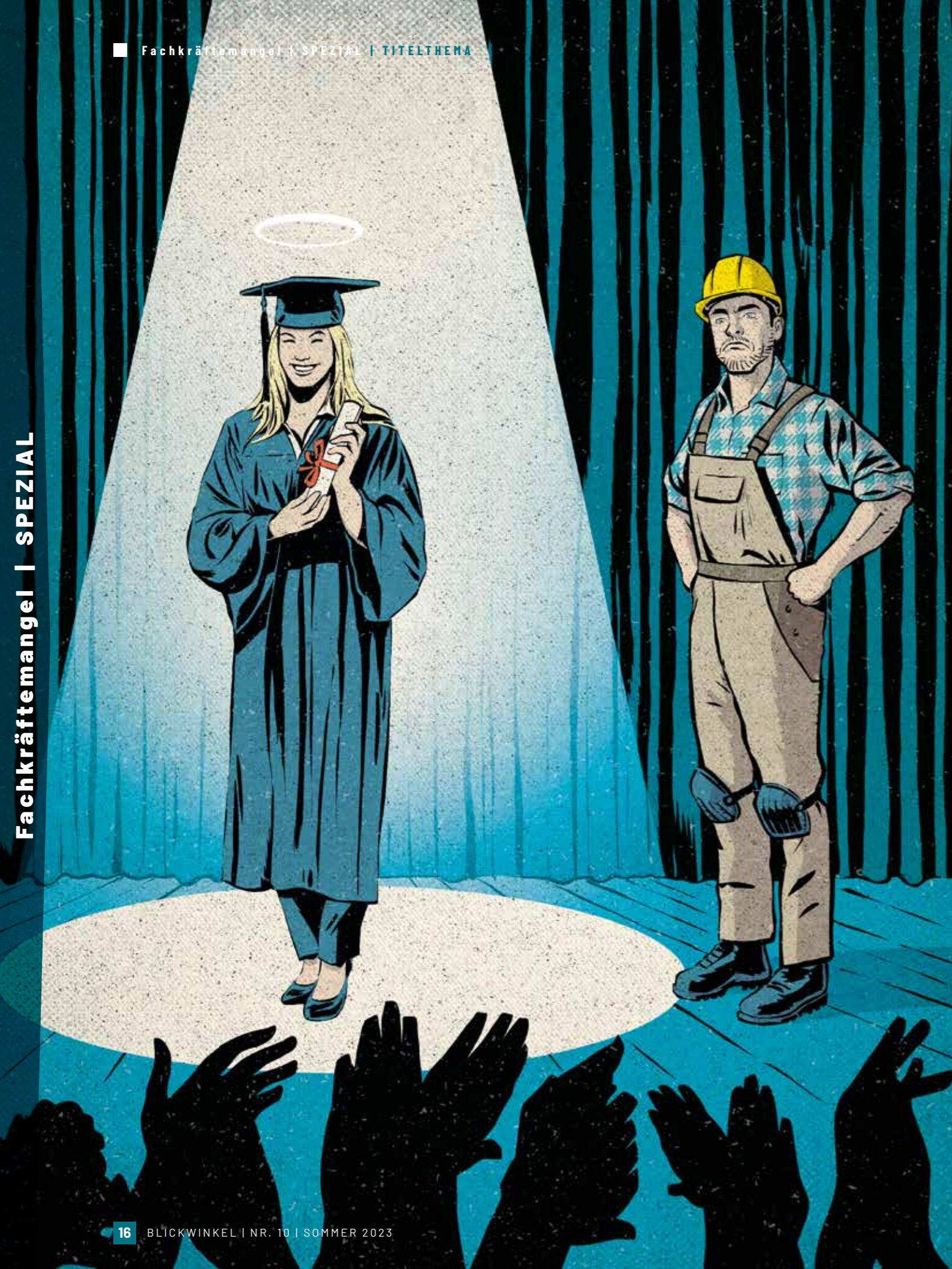
gut oder schlecht finden, muss jeder von ihnen für sich selbst entscheiden. Ob auf Facebook, Instagram, YouTube oder Tik- Tok – wir produzieren keine Hochglanz- Werbevideos. Wir zeigen schlicht, was im und um das Parlament passiert und ma- chen das, was unsere Aufgabe ist: Politik.

Denn wir sind zutiefst überzeugt: Es gibt gar keine Politikverdrossenheit, nur Politikerverdrossenheit.

Entgegen allen Behauptungen haben die Menschen sehr wohl ein hohes Interes- se an der Politik, die – heute vielleicht so sehr wie schon lange nicht mehr – ihr Le- ben bestimmt. Und zwar altersunabhän- gig. Das beweisen plattformübergreifend unsere Aufrufzahlen und zehntausende Zuschriften, die uns erreichen.



YouTube-Videoaufrufe



CARLO CLEMENS, MDL
SPRECHER FÜR SCHUL- UND BILDUNGSPOLITIK

DIE KRISE DER BERUFLICHEN BILDUNG

SCHAFFEN WIR DIE FACHKRÄFTEWENDE AUS EIGENER KRAFT?

Dem allgemein beklagten Fachkräftemangel geht eine Krise der beruflichen Bildung voraus. Politische Weichenstellungen, aber auch ein gesamtgesellschaftliches Klima haben zur faktischen Abwertung der dualen Berufsausbildung und einer unverhältnismäßigen Aufwertung akademischer Bildungswege geführt. Das deutsche Bildungswesen leidet unter dieser Schieflage. Es hat die Orientierung am Bedarf des Arbeitsmarktes verloren. Die Folge ist ein erheblicher Fachkräftemangel bei gleichzeitigen Rekord-Immatrikulationszahlen und einer ungebremsen Ausdifferenzierung von Nischen-Studiengängen an Hochschulen.

Aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen es: Der starke Einbruch aus der Coronazeit wurde noch immer nicht wettgemacht. So wurden im Jahr 2022 rund 468.900 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen – im Vorkrisenjahr 2019 waren es 42.000 mehr. Deutliche Rückgänge gab es bei den Handwerksberufen: Für dieses Jahr meldet die Bundesagentur für Arbeit insgesamt 451.000 freie Lehrstellen gegenüber rund 311.000 Bewerbern – und die Zahlen sind rückläufig.

Der Fachkräftemangel geht quer durch alle Berufszweige, trifft aber insbesondere die MINT-Branchen, den Dienstleistungssektor, auch Erziehung und Pflege. In einzelnen Handwerkssparten wie der Bauelektrik, dem Innenausbau sowie dem Sanitär- und Heizungsbau fällt die Diskrepanz erheblich größer aus.

Die besondere Brisanz des Fachkräftemangels liegt in der Dynamik seiner Entfaltung. Für 2030 prognostiziert die IHK eine Verschärfung der Fachkräfte-Unterversorgung der Wirtschaft in NRW von gegenwärtig 447.000 auf 735.000. Dabei spielt die Demografie eine bedeutende Rolle: 36 % der Beschäftigten im Handwerk sind älter als 50. Das absehbare Ausscheiden der „Babyboomer“ aus dem Arbeitsmarkt verstärkt also die Tendenz.

Es ist auffallend, dass von Seiten der etablierten Politik das Auszubildenden-Defizit kaum mit der überbordenden Akademisierungsquote in Beziehung gesetzt wird. Sie macht die Hochschulbildung weiterhin faktisch zum entscheidenden Maßstab für Bildungserfolg. Das deutsche Erfolgsmodell der beruflichen Ausbildung scheint seinem akademischen Pendant trotz guter Jobaussichten untergeordnet.

Die Nachwuchssorgen bei der Berufsausbildung stehen in direktem Zusammenhang mit der künstlich hochgetriebenen Studierneigung junger Menschen. So begannen 2020 erstmals mehr Menschen ein Hochschulstudium als eine Berufsausbildung. Gegenwärtig sind knapp drei Millionen Studenten an deutschen Hochschulen eingeschrieben, was einer Zunahme von 30 Prozent seit 2007/2008 und einem Allzeithoch entspricht. Dies korreliert mit einer immer kleinteiligeren und exotischeren Ausdifferenzierung des Studienangebots auf inzwischen über 20.000 immer weniger am Marktbedarf orientierten Studiengängen.

Agentur für Arbeit

Die Überakademisierung untergräbt die Idee des mehrgliedrigen Schulsystems. Folgen sind die Abwertung mittlerer Bildungsabschlüsse und die auf Quantität fixierten Abiturzahlen. Johannes Wessels, Rektor der Universität Münster und Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz NRW, kritisierte jüngst, dass Spitzenleistungen im Abitur immer weniger über die Studierfähigkeit junger Leute aussagen. Der Philologenverband NRW spricht gar von einer „Noten-Inflation“.

gesellschaftliche Attraktivität der dualen Berufsausbildung zu steigern, das Informationsangebot zu beruflicher Bildung in der Sekundarstufe I und der gymnasialen Oberstufe umfassend auszuweiten, an Schulen eine einwöchige Handwerksmesse zu implementieren, in der sich Betriebe vorstellen können, vermehrt praxisnahe Potenzialanalysen in Schulen einzuführen, Bauprojekte für Auszubildende äquivalent zu Studentenwohnheimen öffentlich zu fördern sowie eine Meisterprämie in Höhe von 3000 Euro einzuführen, die neben dem Handwerk auf sämtliche Abschlüsse auf Meisterebene abzielt. Leider wurde der Antrag von den anderen Fraktionen abgelehnt.

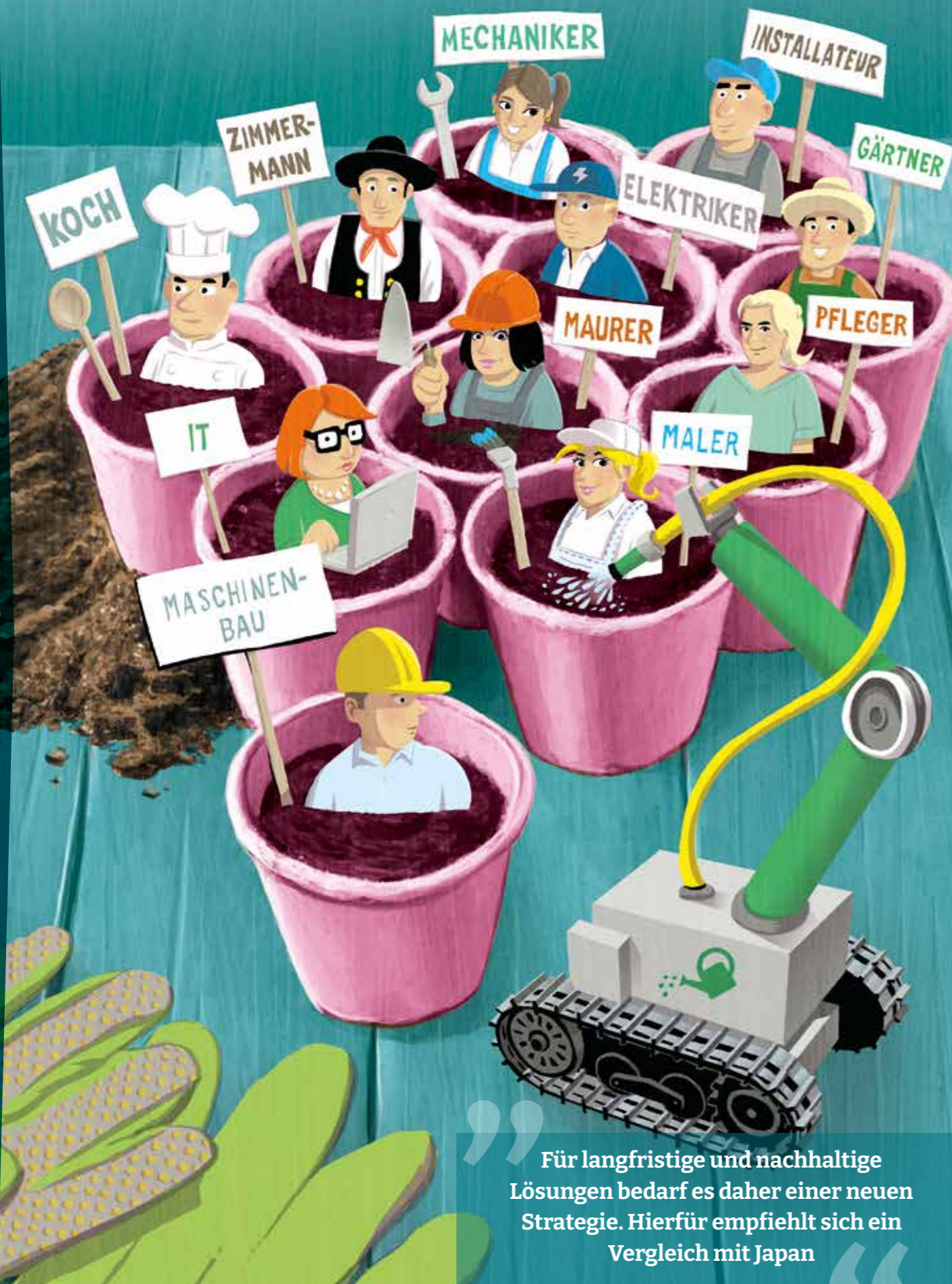
Auf mehrere Jahre gesehen wird an deutschen Hochschulen das Potenzial hunderttausender junger Menschen vergeudet. Nach Jahren erfolglosen Studiums führt der Weg häufig verspätet zurück in den Ausbildungsmarkt

In der darauffolgenden Plenarwoche legte die AfD-Fraktion mit einem Antrag (Drucksache 18/3312) zur Rückholung auslandsdeutscher Fachkräfte nach. Denn NRW fehlen trotz jahrelang anhaltender Massenzuwanderung – die nach den Vorstellungen der schwarz-grünen Landesregierung weiter forciert werden soll – weiterhin die Fachkräfte! Die AfD ist die einzige Fraktion, die der Ausschöpfung der Binnenpotenziale Priorität vor weiterer Migration einräumt. Im Januar 2023 gab es bundesweit 2,62 Millionen Arbeitslose, davon 18 Prozent ohne Schulabschluss. Weitere 55 Prozent hatten keine abgeschlossene Berufsausbildung. Fast 900.000 von ihnen waren jünger als 35 Jahre. Die AfD-Fraktion forderte die Bildung einer interministeriellen Steuerungsgruppe, um inländische Potenziale zu identifizieren und unter Einbindung der Agenturen für Arbeit personalisiert auf Aus- und Weiterbildungschancen sowie Fördermöglichkeiten anzusprechen. Außerdem wurde beantragt, eine landesweite und medienübergreifende öffentliche Werbekampagne zu initiieren, die Personen aus der „stillen Reserve“ inklusive junger Arbeitsloser adressiert und für kostenlose Beratungskontakte und Orientierungskurse bei der Arbeitsagentur NRW wirbt. Als Drittes verlangte unsere Fraktion, eine Rückkehrprämie für auslandsdeutsche Hochqualifizierte in Mangelberufen einzuführen. Auch diesen konstruktiven Ansatz lehnten sämtliche Altfraktionen im Landtag ab.

Dies hat mitnichten zu einer Anhebung der allgemeinen Studierfähigkeit geführt: Die Abbruchquote im Bachelorstudium liegt inzwischen bei ca. einem Drittel, im Master bei einem Fünftel. Auf mehrere Jahre gesehen wird an deutschen Hochschulen das Potenzial hunderttausender junger Menschen vergeudet. Nach Jahren erfolglosen Studiums führt der Weg häufig verspätet zurück in den Ausbildungsmarkt. Bereits ein halbes Jahr nach Exmatrikulation haben über 40 Prozent der Studienabbrecher eine Berufsausbildung aufgenommen – ein Umweg, der der Wirtschaft, dem Rentensystem und nicht zuletzt den jungen Menschen selbst schadet!

Eine hohe Akademisierungsquote garantiert keineswegs einen wohlstandsfördernden Effekt für die Gesellschaft – ganz im Gegenteil. Voraussetzung für eine Fachkräftewende ist daher der Abschied vom Paradigma des Studiums als vermeintlich prestigeträchtigere Bildungsform und die Herstellung einer echten Gleichwertigkeit von Ausbildung und Studium. Deswegen reichte die AfD-Landtagsfraktion zu Beginn des Jahres ein Maßnahmenpaket zur Offensive für die berufliche Bildung ein (Drucksache 18/2556). Das Paket sah u. a. vor, öffentlichkeitswirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die

Die Bildungspolitik muss mittleren Schulabschlüssen endlich wieder politisch den Rücken stärken und die Lernbedingungen auch an Haupt- und Realschulen verbessern, damit Ausbildungsbetriebe mehr Nachwuchs erhalten und unser Land die Fachkräftewende aus eigener Kraft schaffen kann. Dafür steht nur die AfD.



„ Für langfristige und nachhaltige Lösungen bedarf es daher einer neuen Strategie. Hierfür empfiehlt sich ein Vergleich mit Japan “

DR. MARTIN VINCENTZ, MdL

TECHNOLOGIE ALS CHANCE

War es früher noch problematisch, für jeden Arbeitswilligen ein Beschäftigungsangebot zu finden, so besteht heute die Schwierigkeit darin, dass immer mehr Branchen darum kämpfen müssen, ihre offenen Stellen besetzen zu können. Die Altparteien sehen die Lösung in der Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland, ohne jedoch zu bedenken, dass dies eine ganze Reihe anderer Problematiken mit sich bringt.

Deutschland ist für qualifizierte Arbeitskräfte längst nicht mehr so attraktiv wie noch vor einigen Jahren, während gering qualifizierte Zuwanderer zunehmend mit einheimischen Arbeitskräften um eine sich verringernde Zahl von Arbeitsplätzen mit niedrigem Anforderungsprofil konkurrieren. Hinzu kommt, dass selbst überqualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland hierzulande oftmals Stellen im Niedriglohnbereich besetzen.

Diese hoch qualifizierten Arbeitskräfte sind wiederum gerade in Krisenländern nur in geringer Zahl vorhanden und könnten nach ihrer Auswanderung am heimischen Arbeitsmarkt feh-

Eine höhere Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland kann nur kurz- bis mittelfristig einen ergänzenden Beitrag zur Lösung des Fachkräftemangels beitragen

len. Dies ist auch aus ethischer Hinsicht problematisch. Dass eine höhere Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland nur kurz- bis mittelfristig einen ergänzenden Beitrag zur Lösung des Fachkräftemangels beitragen kann, bestätigten vor Kurzem die Experten der Handwerkskammer Düsseldorf in einer Stellungnahme im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landtags. Für langfristige und nachhaltige Lösungen bedarf es daher einer neuen Strategie. Hierfür empfiehlt sich ein Vergleich mit Japan.

Japan ist wie Deutschland eine auf Rohstoffimporte angewiesene Industrienation mit hohem Durchschnittsalter. Beide Länder haben sich im Laufe der Jahre eine Reputation für ihr Know-how erarbeitet und sind nach wie vor auf gut ausgebildete und Arbeitskräfte

mit Fachwissen und Erfahrungen angewiesen. Hier enden aber die Gemeinsamkeiten.

Obwohl Japan mit 125,7 Millionen Einwohnern eine deutlich größere Bevölkerungsdichte als Deutschland aufweist, herrscht dort nahezu Vollbeschäftigung. Für einen ausgeglichenen Arbeitsmarkt setzte das Land der aufgehenden Sonne bereits früh auf Technisierungsstrategien und einen geringen Anteil ausländischer Fachkräfte (derzeit rund 2,4 %).

Eine gezielte Technisierungsstrategie würde auch hierzulande erheblich dazu beitragen, im Arbeitsmarkt ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage herzustellen. Eine Verringerung des Fachkräftebedarfs hätte ebenfalls zur Folge, dass wir uns in Deutschland mehr auf die qualitative Ausbildung von Schülern, Azubis und Studenten konzentrieren könnten, anstatt uns ständig um Quantität bemühen zu müssen. Hierfür müssen in NRW Grundlagen geschaffen werden, die es kleinen und mittleren Unternehmen ermöglichen, dem Beispiel der Großunternehmen zu folgen. Japan hat es vorge-macht.

FACHKRÄFTEMANGEL IN DER ÖFFENTLICHEN VERWALTUNG

Ursachen und Hintergründe



Die öffentliche Hand steht wie alle Arbeitgeber vor den Herausforderungen des Fachkräftemangels und des demografischen Wandels. Das Land NRW hat demgemäß seine Attraktivität als Arbeitgeber zu verbessern. Dabei darf der Staat mit seinen großen finanziellen Ressourcen die private Konkurrenz, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, bei der Suche nach guten Mitarbeitern nicht an den Rand drängen.

Eins steht dabei außer Frage: Ein Gemeinwesen kann nur funktionieren, wenn die öffentlichen Dienstleistungen gut erbracht werden, wofür es wiederum gutes Personal braucht. Man will ja z. B. vor Gericht sein Schicksal nicht in die Hände von

Menschen legen, die an der Universität nur das Nötigste gelernt haben. Der Staat und die etablierte Politik müssen sich kritische Fragen stellen lassen, denn sie tragen die Verantwortung für die Bildungsmisere in diesem Land, nicht nur durch das konsequente Absenken von Standards.

Das Problem wäre nicht so groß, hätten die Altparteien nicht unnötigerweise – u. a. in Folge der Zuwanderung und durch ein zu komplexes Steuerrecht – weiteren Stellenbedarf geschaffen, seien es Polizisten, Richter und Staatsanwälte, Finanzbeamte, Lehrer oder Sozialarbeiter. Das Problem verschärft sich noch, weil es wegen der fehlgeleiteten Familienpolitik der Altparteien nur wenige Bewerber gibt.



DR. HARTMUT BEUCKER
SPRECHER FÜR HAUSHALTS- UND FINANZPOLITIK

Wie sieht das in der Praxis aus?

Das Land hat in vielen Bereichen die Einstellungszahlen erhöht. 2017 wurden unter Rot-Grün nur 2000 Kommissaranwärter eingestellt. 2020 waren es bereits 2660, von denen mittlerweile 445 schon wieder ausgeschieden sind (123 auf eigenen Wunsch, 296 aufgrund nicht bestandener Prüfungen, 26 hatten sonstige Gründe). Das Bild für den Jahrgang 2021 ist ähnlich.

Auch bei der Finanzverwaltung sind im Studiengang für den Diplom-Finanzwirt von 1026 Anwärtern des Jahrgangs 2020 148 infolge nicht bestandener Prüfungen ausgeschieden. Viele Anwärter sind den beiden Bachelor-Studiengängen nicht gewachsen. Die Schulbildung des Landes, das sie einstellt, scheint nicht für den Landesdienst auszureichen. Die Polizei bietet mittlerweile sogar Nachhilfekurse in Rechtschreibung an.

Stellen sind also oftmals vorhanden, können aber nicht besetzt werden. Im Bereich des Bildungsministeriums, dem Ressort mit dem größten Bedarf, gab es Anfang 2023 165.360 Planstellen – 5,6 Prozent konnten nicht besetzt werden, jede 18. Stelle! Ganz besonders schlimm ist die Lage an den Grundschulen, mit über 9 Prozent unbesetzten Planstellen. Die Landesregierung hat zwar jetzt beschlossen, die Eingangsbesoldung an Grundschulen in den kommenden Jahren stufenweise von A12 auf A13 anzuheben.

Dabei scheint die Bezahlung nicht das eigentliche Problem zu sein. In der Vergangenheit sind einfach zu wenige Studienplätze vorgehalten worden, obwohl das leicht planbar ist: Man weiß ja, wie viele Kinder in einem Jahr geboren werden, und sollte die Lehrerausbildung entsprechend planen können.

Die Landesregierung setzt die Prioritäten falsch. Warum wird die Besoldung der Grundschullehrer zu Legislaturbeginn großzügig angepackt, das Zulagewesen für Tätigkeiten mit besonderer Härte aber nicht? Die Schichtzuschläge sind zum Teil seit der Euro-Einführung nicht angehoben worden. Nachzuschläge liegen bei 1,28 Euro pro Stunde. Sie betreffen für gewöhnlich Beamte in wesentlich niedriger besoldeten Gehaltsgruppen, z. B. Polizei- und Justizvollzugsbeamte – aber auch Feuerwehrleute in Kommunen. Warum hat die neue Landesregierung nicht bei den Schwächeren angefangen, statt die mehrheitlich grün wählenden Lehrer zu unterstützen?

Diese Landesregierung vermehrt auch eifrig Stellen in Ministerien. Ihre Vorgängerin hatte dort 1073 neue Stellen geschaffen. Die neue Regierung genehmigte sich gleich 186 zusätzliche Stellen in der Ministerialbürokratie. Selbst in Ressorts wie dem Arbeits- und Gesundheitsressort wurden neue Stellen geschaffen, obwohl Minister und Geschäftsbereiche gleich blieben. Im Haushalt 2023 kamen weitere 114 Stellen hinzu. Dies sind ganz überwiegend

bestbezahlte Stellen, etwa eine B7-Stelle mit ca. 126.000 Euro jährlich. Mit dem Betrag könnte man die lange von den Gewerkschaften geforderte Bereitschaftspolizeizulage von 250 Euro im Monat für 42 Beamte finanzieren. Schwarz-Gelb schuf seinerzeit 5 dieser Stellen.

In NRW haben wir ca. 2400 Polizisten bei der Bereitschaftspolizei – für die Kosten der 5 teuren Stellen könnten 200 Bereitschaftspolizisten sofort die Zulage erhalten! Die AfD hat in der Vergangenheit immer wieder Haushaltsmittel für den Personalaufwuchs in Polizei, Justiz und Strafvollzug gefordert. Im Gegenzug haben wir Kürzungen in den Ministerien gefordert.

Der Staat muss sich auf seinen Kernbereich fokussieren, dann kann er dort auch gute Gehälter bezahlen. Natürlich kann man über weitere Verbesserungen bei Arbeitszeitkonten und Wochenarbeitszeit nachdenken, dabei sollte aber die Beschäftigtenzahl des Landes mit rund 320.000 Planstellen nicht wachsen.

Es besteht die Gefahr, dass der Staat durch ein immer größer werdendes Heer an Bediensteten (oftmals mit ideologischem Erfüllungsauftrag) die Privatwirtschaft weiter auspresst. Das passiert, wenn die Besoldung der Neueinsteiger angehoben wird, während das Geld dafür der benachteiligten Privatwirtschaft durch Steuererhöhung abgenommen wird. Die AfD wendet sich entschieden dagegen!

WIR ODER SIE: WER HATTE RECHT?

Sie lesen es in der Zeitung. Sie hören es auf allen Kanälen. Seit Jahren erklären uns die Politiker der alten Parteien die Welt. Wer anderer Meinung ist, der ist schnell ein Schwurbler, Verschwörungstheoretiker oder Rechtspopulist. Doch immer mehr Menschen geht mittlerweile ein Licht auf. Rechtspopulist scheint das neue Synonym für Realist zu sein und selten wurden angeblichen Verschwörungstheorien von gestern so schnell zur Wahrheit von heute.

DIE EIGENTLICHEN „COVIDIOTEN“?

Erinnern Sie sich noch: Was haben uns die Politiker drei Jahre lang nicht alles erzählt: eine Impfung, die wirkt. Noch dazu nebenwirkungsfrei. Draußen auf der Parkbank sitzen? Verboten. Mit der eigenen Ehefrau joggen? Unter Strafe. Und die Polizei jagte Kinder vom Schlitten. Alleine zu den mittlerweile weltweit zum Teil unsinnig und schädlich angesehenen sogenannten Corona-Maßnahmen ließe sich eine Doppelseite füllen. Besonders schlimm war, was unseren Kindern angetan wurde. Obwohl selbst das RKI die extremst geringe (nahe Null!) Letalität für unsere Kinder auswies, mussten sie stundenlang Maske tragen, sich testen und wurden so um Jahre ihrer Sozialisation, ihrer Bildungschancen und damit ihres Lebens gebracht. Nun sagt selbst Karl Lauterbach, dass das Schließen der Schulen „schwachsinnig“ war. Toll, dass ihm das im Nachhinein auffällt. Was uns auffällt: Keiner der verantwortlichen Politiker will einen Corona-Untersuchungsausschuss. Sie werden wissen warum.



SYMBOLFOTO
Quelle: IMAGO/Future Image

KERNKRAFT, KOHLE UND ÖL KÖNNEN WEG!

CDU, SPD, FDP und ihre ideologischen Zuchtmeister, die Grünen, wollen austeigen. Aus allem und zwar schnell. Die internationale Presse nennt es „die dümmste Energiepolitik der Welt“. Aus NRW mit dabei: die Grünen-Koalitionäre Hendrik Wüst und Christian Lindner. Wir hatten gewarnt, das wird teuer und kann so nicht funktionieren. Doppelt verrückt dabei: Die Begründung Klimaschutz respektive CO₂-Reduktion, die durch das Zuschalten alter Kohlekraftwerke ja gerade nicht eingehalten wird. Das nennt man „grüne Logik“. Schon fast vergessen, dass Vetter-Wirtschaftsminister Habeck wie die hiesige grüne Fraktion die Berichte der hauseigenen Experten ganz zufällig nicht richtig liest. Die hatten ihm aufgeschrieben, dass der Weiterbetrieb der Kernkraftwerke eine vernünftige Sache ist. Aber Vernunft ist eben nicht jedermanns Sache.

Deutschland hat die höchsten Strompreise weltweit:¹

Deutschland:
31,80 Cent pro kWh

Internationaler Durchschnitt:
11,62 Cent pro kWh

¹ Quelle: Deutschland hat die höchsten Strompreise weltweit – Strompreise in Deutschland über 2,7 Mal teurer als im internationalen Durchschnitt, verivox.de, aufgerufen am 06. Juni 2023



MARKUS WAGNER, MDL
SPRECHER FÜR INNENPOLITIK

Hartz IV, bzw. Bürgergeld-Bezug - Ausländeranteil:

25%
2016

45%
2022

DIE ZAHLEN UNSERE RENTE!

Wir wollen fair sein und beginnen mit einem Beispiel, bei dem eine Grüne und die AfD dieselbe Prognose hatten und der entscheidende Unterschied in der Bewertung des Sachverhaltes liegt. Katrin Göring Eckhardt (Küchenhilfe und nun Bundestagsvizepräsidentin) sagte, sie wolle ein Land, das „Leute anzieht, die wir dringend brauchen – nicht nur die Fachkräfte, sondern weil wir auch Menschen hier brauchen, die in unserem Sozialsystem zu Hause sind“. Und sie hatte recht: Mittlerweile sind fast die Hälfte der Empfänger von Hartz IV oder neuerdings Bürgergeld Ausländer. Wir bezahlen also für diejenigen, die angeblich für uns einzahlen sollten.

CLANS SIND KEINE CLANS!

Ein Lieblingswerkzeug der Grünen ist die sogenannte Sprachpolitik. Begriffe umdeuten, neue schaffen und durch Framing die Diskursheute sichern. Schützenhilfe erhalten die Grünen in den Parlamenten dabei durch die Grünen in den Medien. Ganze vorne dabei: der zwangsfinanzierte WDR. Ein Beispiel: „Clans“ oder genauer „Clan-Kriminalität“ soll undefiniert werden. Aber auch Herbert Reul, der CDU-Innenminister wird immer mehr auf Kurs gebracht: Ob diese Formen der Kriminalität etwas mit Migration zu tun hätten? Nein, meinen Landesregierung und Opposition unisono – außer uns natürlich. Dass Begriffe wie türkisch-arabische oder nigerianische Clans in Deutschland zwangsläufig etwas mit Zuwanderung zu tun haben müssen – für die anderen Fraktionen kann nicht sein, was nicht sein darf. Auch als ich bereits 2017/18 auf die Gefahr durch neue syrische und irakische Clans hinwies, durfte nicht sein, was nun Realität ist.



SYMBOLFOTO
Quelle: IMAGO/Justim Brosch

10,3%
2021

19%
2023

HALBIEREN ODER VERDOPPELN?

Armin Laschet wollte uns aus dem Parlament haben und Friedrich Merz meinte, er könne die AfD halbieren. Zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Artikels steht die AfD bei 19 Prozent und es ist gerade Friedrich Merz, der uns weiteren Auftrieb gibt. Denn der will sich in der Ablehnung der AfD „von niemanden übertreffen lassen“ und schließt eine Zusammenarbeit kategorisch aus. Er will stattdessen mit den Grünen und in Thüringen womöglich sogar mit den Linken koalieren. Übersetzt heißt das: Wer die CDU wählt, bekommt die Grünen. So soll unser Land noch weiter vor die Wand gefahren werden.

² INSA-Wahlumfrage zur Bundestagswahl vom 05. Juni 2023
Quelle: <https://dawum.de/Bundestag/INSA/>

³ Vergleich mit dem Ergebnis der Bundestagswahl vom 26. September 2021
Quelle: <https://dawum.de/Bundestag/INSA/>

⁴ Quelle: Anteil von Migranten an den Hartz-IV-Bezieher stieg seit 2016 von 25 auf 45 Prozent, Tichyseinblick.de, November 2022



NEUE GESICHTER

UND BEWÄHRTE METHODEN DER ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Die AfD-Fraktion in der Landschaftsversammlung Rheinland (LVR) hat im Frühjahr die zweite Ausgabe ihres „Rheinländer“-Magazins herausgebracht. Auf über 50 Seiten informiert die Fraktion erneut über ihre inhaltlichen Positionen, Initiativen und Veranstaltungen. Schwerpunkte sind dabei die Aufarbeitung der Corona- und Impfpolitik innerhalb des LVR, des größten Gesundheitsdienstleisters im Rheinland, die anhaltende Steuergeldverschwendung beim milliardenschweren Landschaftsverband und die zunehmende Diskriminierung der AfD durch die Mehrheitsfraktionen.

So werden der Fraktion seit Monaten ihr zustehende Ausschusssitze verwehrt, obwohl sogar das zuständige Landesministerium als Aufsichtsbehörde bereits zwei Sondersitzungen anberaumt und eine Ersatzvornahme angedroht hat. Wörtlich stellte das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung in der entsprechenden Verfügung fest, dass es nicht länger zumutbar sei, „eine rechtswidrige Ausschussbesetzung und die damit verbundene Hinderung einer Minderheit an der schutzwürdigen Wahrnehmung ihrer Rechte so lange hinzunehmen, bis eine verwaltungsgerichtliche Klärung erreicht werden kann“. Die bisherige Blockadehaltung der Mehrheitsfraktionen hätte das „Spiegelbildlichkeitsprinzip“ der demokratisch bestimmten Sitzverteilung in der Landschaftsversammlung in den Ausschüssen rechtswidrig ausgehebelt.

In der Märzsession der Landschaftsversammlung konnte die AfD-Fraktion dann zumindest einen Teilerfolg erringen: In einer auf ihren Antrag durchgeführten geheimen Abstimmung fanden die meisten Umbesetzungen eine knappe Mehrheit. Die Klärung der verbliebenen offenen Personalfragen wird nun weiter im Wege einer Klage vor dem zuständigen Verwaltungsgericht verfolgt.

„Die AfD wurde im Landschaftsverband Rheinland anfangs ignoriert und dann belächelt. Inzwischen ist die AfD-Fraktion im LVR aber durch eine fundierte Sachpolitik und offensive Öffentlichkeitsarbeit bei den Altparteien als ernstzunehmende Opposition aufgefallen. Daher werden wir jetzt massiv unter der Gürtellinie mit formalen Tricks und rechtswidrigen Schikanen bekämpft“, erklärt dazu der AfD-Fraktionsvorsitzende Yannick Noe.

Und weiter:

„Dafür haben die Mehrheitsfraktionen wider besseres Wissen getrickst und blockiert, nur um die unbequeme Oppositionsarbeit der AfD-Fraktion so lange wie irgendwie möglich zu behindern. Dass dabei der größte Schaden dem Steuerzahler – Stichwort LVR-Sondersitzungen – sowie dem Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip entstanden ist, war ihnen offenbar egal. Wir lassen uns davon aber nicht beirren und werden alles daransetzen, dass die AfD auch auf dieser politischen Ebene ihren Mitwirkungs- und Gestaltungsanspruch in die Tat umsetzt! Dazu gehört auch eine beständige personelle Fortentwicklung der Fraktion durch die Gewinnung qualifizierten Personals bei sachkundigen Bürgern und für den Mitarbeiterstab.“

weiter auf Seite 28 ▶

Yannick Noe:

Yannick Noe ist Historiker (M.A.) und seit Anfang 2022 Vorsitzender der AfD-Fraktion im LVR. Er sitzt im Kulturausschuss und in den Kommissionen Rheinlandtaler Kultur, Wissenschaftsförderung und Regionale Kulturförderung.



Ralf Dick:

Ralf Dick ist Diplom-Wirtschaftsinformatiker und seit dem Frühjahr 2023 stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Er sitzt im Ausschuss für Digitale Entwicklung und Mobilität. Zudem ist er in der Kommission Europa.



Alexander Schaary:

Alexander Schaary ist Speditionskaufmann, Anglist und Historiker. Er ist im Frühjahr 2023 in die Landschaftsversammlung nachgerückt und seitdem ordentliches Mitglied im Krankenhausausschuss 4 und stellvertretendes Mitglied in den Ausschüssen Soziales und Krankenhaus sowie in der Kommission zur Gleichstellung.



Edgar Lenzen:

Edgar Lenzen ist gelernter Erzieher und Heilpädagoge. Er ist Mitglied im Ausschuss für Heilpädagogische Hilfen, im Betriebsausschuss Jugendhilfe Rheinland sowie im Beirat Institut für Konsulentenarbeit und im Frühjahr 2023 in die Landschaftsversammlung nachgerückt.



IMPRESSUM

Herausgeber: AfD-Fraktion im LVR · Irmhild Boßdorf, Geschäftsführerin
Kennedy-Ufer 2, Landeshaus, 50679 Köln
irmhild.boßdorf@lvr.de
V.i.S.d.P.: Yannick Noe (Anschrift siehe Adresse der AfD-Fraktion im LVR)

Daneben gab es in den letzten Monaten einige einschneidende Veränderungen in der Kernfraktion. Aufgrund des tragischen Todes des Fraktionsmitglieds Jens Schmitz nach schwerer Krankheit und der Mandatsniederlegung des Landtagsabgeordneten Dr. Hartmut Beucker rückten das Duisburger Ratsmitglied Alexander Schaary und der Königswinterer Stadtverordnete Edgar Lenzen in die AfD-Fraktion nach. Zum neuen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden wurde das Dürener Kreistagsmitglied Ralf Dick gewählt.

Für die nächsten Monate hat die neu aufgestellte Fraktion bereits weitere fachspezifische Veranstaltungen terminiert, unter anderem zur Gesundheitspolitik. Auch die dritte Ausgabe des „Rheinländers“ ist in Arbeit und ein Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit vergleichbar zur Informationstour der Landtagsfraktion in Planung. Das Ziel ist laut dem Fraktionsvorsitzenden Yannick Noe, „im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten so viel PS

wie möglich auf die Straße zu bringen, um auch dieses politische Spielfeld zur weiteren Schärfung des Profils zu nutzen. Die Menschen da draußen müssen von uns aus erster Hand erfahren, wofür die AfD im LVR inhaltlich steht, da wir uns beim Transport unserer politischen Botschaften im Gegensatz zu den Altparteien leider nicht auf die etablierten Medien stützen können.“ Die AfD-Fraktion in der Landschaftsversammlung Rheinland wird sich trotz aller Widrigkeiten weiterhin für Ihre Interessen als Bürger einsetzen.

Auf der Internetseite der AfD-Fraktion im LVR finden sich weiterführende Informationen und Links zur Öffentlichkeitsarbeit auf YouTube und anderen sozialen Medien sowie ein Online-Bestellformular für die gedruckte Ausgabe des Rheinländer-Magazins:

<https://afd-im-lvr.de/>

IRMHILD BOßDORF
FRAKTIONSGESCHÄFTSFÜHRERIN DER AfD IM LVR



JENS SCHMITZ

11. MAI 1967 - 15. FEBRUAR 2023

Mit Jens verliert die AfD-Fraktion im LVR nicht einfach nur einen Funktionär, sondern einen liebgewonnenen Menschen, der uns in der gemeinsamen Zeit ans Herz gewachsen ist.

Jens war ein Multitalent. Er war immer für einen Spaß zu haben und wir schätzten alle seine freundliche und zuvorkommende Art.

Jens verstand es, nicht zuletzt dank seiner beruflichen Ausbildung, ein offenes Ohr auch für private Angelegenheiten zu haben und konnte immer wieder in Sitzungen als beruhigender Mediator Meinungsverschiedenheiten moderieren.

Seine liebe Art wird uns fehlen.

Möge er in Frieden ruhen.

AfD-Fraktion im LVR



Der Rheinländer Das Magazin der AfD-Fraktion im LVR

Jetzt kostenlos bestellen!



Anzeige
Yannick Noe
AfD-Fraktion im LVR
Kennedy-Ufer 2, Landeshaus
50679 Köln

QR-Code scannen:



afd-im-lvr.de/rheinlaender/

CHRISTIAN LOOSE

MAG POLITIK NACH MASS

IM GESPRÄCH MIT CHRISTIAN LOOSE

PORTRÄT

„Man macht sich damit unter Romantikern nicht wirklich beliebt, aber auch Naturschutz muss für verantwortungsvolle Politiker am Ende Zahlenwerk sein“, stellt Christian Loose fest. Auf seinem Weg zum Kaiser-Wilhelm-Denkmal an der Hohen-syburg im Dortmunder Süden ist er umgeben von frühlingshaft begrünter Natur.

Vom Denkmal aus bietet sich ein weiter Blick über das Ruhrtal mit dem aufgestauten Hengsteysee, über Wälder und Stadtteile der südlichen Nachbarstadt Hagen. Die Vögel zwitschern in den Bäumen und von den Wiesen steigt ein leicht mineralischer Duft auf, weil kurz zuvor noch ein kleiner Regenschauer auf sie niederging. All das als reines Zahlenwerk?

„Ich liebe die Natur für das, was sie ist, und für das, was sie dem Menschen gibt. Als Politiker muss ich aber nicht schwärmen, sondern – wie man so schön sagt – das Mögliche tun und möglichst viel von ihr erhalten. Mit Blick auf die Energiepolitik heißt das zum Beispiel: Wie kann ich unter größtmöglicher Ressourcenschonung den Energiebedarf von fast 18 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen und von über 80 Millionen Menschen in ganz Deutschland decken? Wenn ich dann sehe, dass ich allein für die letzten drei Kernkraftwerke, die jetzt vom Netz gegangen sind, 5000 Windräder als Ersatz bauen muss, dann ist die Antwort für mich klar“, erläutert der 47-Jährige.

Seine Haltung verschafft ihm im Landtag nicht nur Freunde: „Wenn es um Kernkraft, Energiesicherheit und volkswirtschaftlichen Nutzen geht, dann ist

den Etablierten die sonst so vielgeliebte und oft bemühte Wissenschaft plötzlich gar nicht mehr so wichtig“, schmunzelt Loose.

2017 zog er auf der Liste der Alternative für Deutschland erstmals in den Landtag ein, dem er bis zum heutigen Tag angehört

Dabei sah zunächst wenig im Leben von Christian Loose danach aus, dass er sich im Landtag eines Tages als Politiker unbeliebt machen würde. Nach Abitur und Grundwehrdienst absolvierte der gebürtige Ibbenbürener eine Lehre zum Bankkaufmann. Schon parallel zur Ausbildung studierte er an der Fernuniversität in Hagen Betriebswirtschaftslehre. Dies setzte er nach der Ausbildung an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster fort und schloss 2002 mit Diplom ab. Anschließend arbeitete er von 2002 bis 2008 als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fernuniversität in Hagen. Seit 2009 war Loose bei einem großen deutschen Energiekonzern als Controller angestellt – bis Mai 2017, als er auf der Liste der Alternative für Deutschland erstmals in den Landtag einzog, dem er bis zum heutigen Tag angehört.

Der Wirtschaftsexperte schildert das so: „Ich war schwer enttäuscht von Schwarz-Gelb. Oft versprochene Steuerreformen kamen nicht. Der Euro galt als heiliger Gral und auch der diesbezügliche FDP-Mitgliederentscheid fiel zu Ungunsten einer kritischen Profilierung aus. Im März 2013 sah ich dann Professor Bernd Lucke in einer Talkshow und dachte mir: ‚Der Mann hat recht!‘ Also trat ich der AfD bei.

„**Ich liebe die Natur für das, was sie ist, und für das, was sie dem Menschen gibt. Als Politiker muss ich aber nicht schwärmen, sondern – wie man so schön sagt – das Mögliche tun und möchte möglichst viel von ihr erhalten.**“



“**Beim Bowling geht es darum, auch dann konzentriert zu bleiben, wenn einem nicht direkt der Strike gelingt. So ähnlich ist es auch auf dem Parkett des Landtags.**”

2016 wurde ich dann angesprochen, ob ich mir eine Landtagskandidatur vorstellen könne – deshalb sitze ich heute hier.“

In seiner Freizeit geht Loose gerne Bowlen. Der Hobby-Sportler erläutert mit einem Zwinkern: „Am liebsten räume ich alle Argumente mit einem klaren Strike ab und rocke so den Landtag. Aber mal im Ernst: Beim Bowling geht es darum, auch dann konzentriert zu bleiben, wenn einem nicht direkt der Strike gelingt, so ähnlich ist es auch auf dem Parkett des Landtags. Konzentriert und ruhig weiterzuarbeiten, auch wenn nicht alles auf Anhieb gelingt: Das ist der Schlüssel zu erfolgreicher Arbeit.“

Looses Aufgabe als Controller war es, die Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung zu berechnen. „Meinem Arbeitgeber habe ich mit diesen Berechnungen gutes Geld gespart. Das würde ich nun gerne auch im Landtag für die Bürger erreichen. Wirtschaftlichkeit und Kostendeckung im Sinne der Steuerzahler sind bei der schwarz-grünen Energiepolitik aber nicht einmal von nachrangiger Bedeutung.“

Dass Loose nicht nur in der Politik etwas mit der Farbe Blau anfangen kann, sieht man in seinem Vorgarten: „Dort stehen mehrere Gartenzwerge, vom VfL Bochum, dem BVB und auch mehrere vom FC Kölle. Als AfDler übe ich mich so halt in Sachen Vielfalt und Toleranz!“

Wenn man sich auf den Gängen der Fraktion umhört, dann erfährt man, dass Steuern und Wirtschaftlichkeit den Diplom-Kaufmann Christian Loose nicht nur auf der Makroebene interessieren. Abgeordnetenkollegin Enxhi Seli-Zacharias berichtet belustigt: „Als ich meinen Geburtstag im Büro feierte, kam Christian rein. Er vergaß mir zu gratulieren. Dafür hatte er einen wertvollen Steuertipp, wie ich die Torte absetzen könne!“

Darauf angesprochen grinst er: „Ich kann mich nicht erinnern, aber es klingt schon ein bisschen nach mir.“

Loose verteilt nicht nur Steuertipps zu Geburtstagspartys, sondern organisiert auch den Geburtstag seines eigenen Sohnes. „Er hat das Geocaching für sich entdeckt. Das ist ein bisschen wie eine digitalisierte Schnitzeljagd und macht ihm großen Spaß. Zu seinem Geburtstag plane ich eine schöne Tour. Hoffentlich kann er das in 20, 30 Jahren mit seinen eigenen Kindern auch noch spielen, ohne dass die



Bereits 93 Jahre liefert ein Pumpspeicherkraftwerk in Herdecke zuverlässig Energie. Seit 1989 werden unterirdische Druckrohre verwendet. Die hier sichtbare oberirdische Anlage des Vorgängers ist als Industriedenkmal erhalten.

Laut Landesregierung bräuchten wir „lediglich“ 1154 Pumpspeicherkraftwerke, um eine Woche Dunkelflaute in NRW zu überstehen – aufgrund der Topografie könnten aber nur 27 gebaut werden!

einzigste Frage lautet: Hinter welchem Windrad ist das versteckt?“

Fragt man Christian Loose nach seinen Zukunftsplänen, so winkt er ab: „Ich gucke, was ich im Hier und Jetzt für die Bürger Nordrhein-Westfalens an Verbesserungen erreichen kann. In Zukunft können wir unseren Einfluss hoffentlich mehren. Für Freiheit, Wohlstand und Vernunft gibt es nämlich nur eine starke Stimme im Landtag von Nordrhein-Westfalen: die AfD.“

MAXIMILIAN KNELLER

„DEMOKRATIESIMULATION BÜRGERRAT



Bundestagspräsidentin Bärbel Bas sieht sie als „Demokratieverstärker“ – die Klimareligiösen der „Letzten Generation“ haben sie leicht umbenannt sogar als Kernforderung in ihr Programm aufgenommen, für das sie sich auf unseren Straßen festkleben: Bürgerräte. In NRW hat die schwarz-grüne Koalition vereinbart, bis 2027 mindestens zwei Bürgerräte zu „ausgewählten Themen“ einzusetzen. Die Idee: Anstatt Berufspolitiker und ihre jeweiligen Parteizentralen damit zu betrauen, die großen politischen Probleme unserer Zeit zu lösen, soll es ein zufällig ausgelostes Gremium aus Durchschnittsbürgern richten.

Was sich zunächst einmal nach einem Mehr an direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung anhört, entpuppt sich schnell als das genaue Gegenteil: Bürgerräte sind reine Demokratiesimulatoren. Ihre Zusammensetzung ist mitnichten rein zu-

fällig, ihre Arbeit kommt nicht ohne politische Steuerung von oben aus und am Ende sind sie auch niemandem Rechenschaft schuldig.

Die OECD hat 2020 gestützt auf „Erkenntnisse und Forschung“ Merkmale definiert, die bei der Auslosung der Mitglieder des Bürgerrates Berücksichtigung finden sollen: „Alter, Geschlecht, Bildung, Wohnort, Gemeindegröße und Migrationshintergrund (!) der Teilnehmenden“. Das scheinbar neutrale Losverfahren entpuppt sich so als Bauernfängerei, denn bei einem echten Zufallsverfahren hätte jeder Bürger die gleiche Chance, Mitglied in einem Bürgerrat zu werden, anstatt aufgrund eines persönlichen Merkmals benachteiligt zu werden.



SVEN W. TRITSCHLER
STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDER
SPRECHER IM HAUPTAUSSCHUSS

Dieser Ansatz steht im Widerspruch zum demokratischen Grundsatz der Gesamtrepräsentation des Volkes. Nach diesem Grundsatz repräsentiert beispielsweise jeder Abgeordnete im Landtag das gesamte Volk in NRW, unabhängig von seinem Geschlecht, Alter oder sogar Stammbaum, wenn man auf den Migrationshintergrund abstellt. Es ist nicht die Zugehörigkeit zu einer Gruppe, sondern die geistige Auseinandersetzung mit Themen und das

rat Fridays for Future mitmischen, obwohl diese Organisation sich bekanntermaßen für das Schulschwänzen am Freitag einsetzt und damit die gesamtgesellschaftliche Bildung und Expertise bei der Lösung politischer Fragen eher senkt als hebt.

Eine andere Form der Steuerung im großen Demokratietheater sind die Leitfragen, die vorgegeben werden und den Gestaltungsspielraum der Bürgerräte stark eingrenzen. Anstatt sich in den Räten wirklich frei äußern und individuelle Sichtweisen einbringen zu können, werden die erkorenen Bürger auf vorab festge-

▲ Aus einer vermeintlichen „Demokratieverstärkung“ wird ein Werkzeug der Spaltung

persönliche Gewissen, die die politischen Entscheidungen eines Repräsentanten in der Demokratie lenken.

Bürgerräte pervertieren dieses Prinzip. Sie rücken statt der geistigen Auseinandersetzung mit politischen Fragen die statistische Repräsentation bestimmter Bevölkerungsgruppen in den Vordergrund. Damit wird ein identitätspolitisches Märchen zur Leitlinie erhoben, das da lautet: Nur jemand, der einer bestimmten Gruppe angehört, kann deren Interessen angemessen vertreten. Ein Mann kann sich nach dieser absurden Vorstellung nicht für die Belange von Frauen einsetzen, ein Arbeitstätiger kann keine Empathie für Arbeitslose empfinden, ein Großstädter sich nicht für den ländlichen Raum einsetzen. Menschen werden somit auf ihre identitätspolitischen Merkmale reduziert. Aus einer vermeintlichen „Demokratieverstärkung“ wird ein Werkzeug der Spaltung.

Trotz dieser Selektion lässt man Bürgerräte natürlich nicht einfach so beraten und arbeiten. An jeden in Deutschland tätigen Bürgerrat wird ein geradezu inzestuöser Apparat aus Wissenschaftlern, Verbandsvertretern, Aktivisten und Lobbyisten angehängt. Ein Hurra auf die Räterepublik! In dem 160-köpfigen „Bürgerrat Klima“ auf Bundesebene durfte beispielsweise 2021 im Beirat zum Bürger-

rat Fridays for Future mitmischen, obwohl diese Organisation sich bekanntermaßen für das Schulschwänzen am Freitag einsetzt und damit die gesamtgesellschaftliche Bildung und Expertise bei der Lösung politischer Fragen eher senkt als hebt.

Am schlimmsten aber ist vielleicht die Tatsache, dass man einen Bürgerrat nicht abwählen kann. Einmal eingesetzt, kann er abseits jeglicher Kontrollmechanismen, die in einer normalen Demokratie existieren, fordern, was er möchte – egal wie unsinnig oder unpopulär die Forderungen sein mögen. Konsequenzen muss niemand befürchten. Für die Auftraggeber der Bürgerräte, also die Altparteien, ist das natürlich maximal bequem: Politisch radikale Ideen, die normalerweise weder im Parlament noch bei einer Volksabstimmung durchgesetzt werden könnten, erhalten durch ein angeleitetes Gutachten eines Bürgerrats plötzlich einen Anstrich von Legitimität.

Die sogenannten Bürgerräte sind also keine neue Säule der Demokratie, sie sind ein Stolperstein.

DIE LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG – PARTEI (UN-) ABHÄNGIG?



SCHRIFTZUG AM GEBÄUDE DER LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG IN DÜSSELDORF

Quelle: picture alliance | Fotostand / Grosshanten

Haben Sie sich schon mal gefragt, welchen Zweck die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen erfüllt? Die der Landesregierung unterstellte, vom langjährigen CDU-Parteisoldaten Dr. Guido Hitze geleitete Behörde soll „Bürger in ihrer Bereitschaft zur Wahrnehmung demokratischer Verantwortung in Staat und Gesellschaft [...] unterstützen“. Was genau die Landeszentrale unter Verantwortung versteht, bleibt dabei offen. Übernehmen nicht auch Bürger

demokratische Verantwortung, wenn sie gegen einen als übergriffig empfundenen Staat auf die Straße gehen und friedlich für die Wahrung ihrer durch die Verfassung garantierten Grundrechte demonstrieren? Oder gilt dies nur für ‚Aktivisten‘, die Menschenleben gefährden, indem sie sich auf die Straße kleben oder, wie in Lützerath, Polizisten mit Molotowcocktails bewerfen?

Den einen wird unterstellt die Demokratie delegitimieren zu wollen, während man die Straf-

taten der anderen verständnisvoll als „zivilen Ungehorsam“ abtut. Und das, obwohl Slogans wie „System Change, Not Climate Change“ oder „ökologischer Klassenkampf“ bei letzteren auf der Tagesordnung stehen. Wenn es um Kritiker der Coronamaßnahmen oder die AfD geht, steht die Landeszentrale dem CDU-geführten Bundesamt für Verfassungsschutz in nichts nach und übt sich in vorauseilendem Gehorsam. Dabei will man bei militanten Klimaschützern, die Politik und Gesellschaft mit



ANDREAS KEITH, MDL
PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER
STELLV. SPRECHER IM HAUPTAUSSCHUSS

unlauteren Mitteln erpressen und ihre eigene Moral über das Recht stellen, beim besten Willen keinen Extremismus erkennen. Beide Behörden agieren im Sinne der jeweiligen Landes- bzw. Bundesregierung.

Ein Blick auf die Publikationen, Videos und Veranstaltungen der Landeszentrale für politische Bildung verrät, wie sehr man sich auf die Themen „Rechts“ und „Populismus“ versteift hat. In diesem Zusammenhang ist immer wieder von der angeblichen Delegitimierung des demokratischen Systems die Rede: „Wenn aber Proteste – wie die gegen die Coronamaßnahmen, die Asylpolitik oder gegen die Energiepolitik

gleichsetzt. Die Landeszentrale tut es ihm gleich und macht aus Regierungskritikern kurzerhand Extremisten. Eine gefährliche Entwicklung, wenn man bedenkt, dass sich die Angebote der Landeszentrale primär an Schüler und Studenten richten.

In der DDR diente der sogenannte „Staatsbürgerunterricht“ der Erziehung der Schüler zu „bewussten Staatsbürgern“ und sollte ihnen das „Bekenntnis zum Arbeiter- und Bauernstaat“ vermitteln. Ein Teil des Unterrichts bestand darin, den Westen als kapitalistischen Klassenfeind zu diffamieren. Die Landeszentrale spricht stattdessen von „Staatsfeinden“ und „Delegitimierern“ und serviert den Heranwachsenden alten Wein in neuen Schläuchen. Bekräftigt wird dieses Narrativ von einem Heer an angeblichen Experten, die entweder parteipolitisch voreingenommen oder selbst Akteure im politischen Streit sind. Zu ihnen gehören führende SPD-Mitglieder wie Frank Dekker und Wissenschaftler aus dem linksliberalen Spektrum wie Marcel Lewandowsky, ein Apologet des ‚Wokismus‘. Ihre zahlreichen Monografien schmücken das Publikationsverzeichnis der Landeszentrale für politische Bildung NRW.

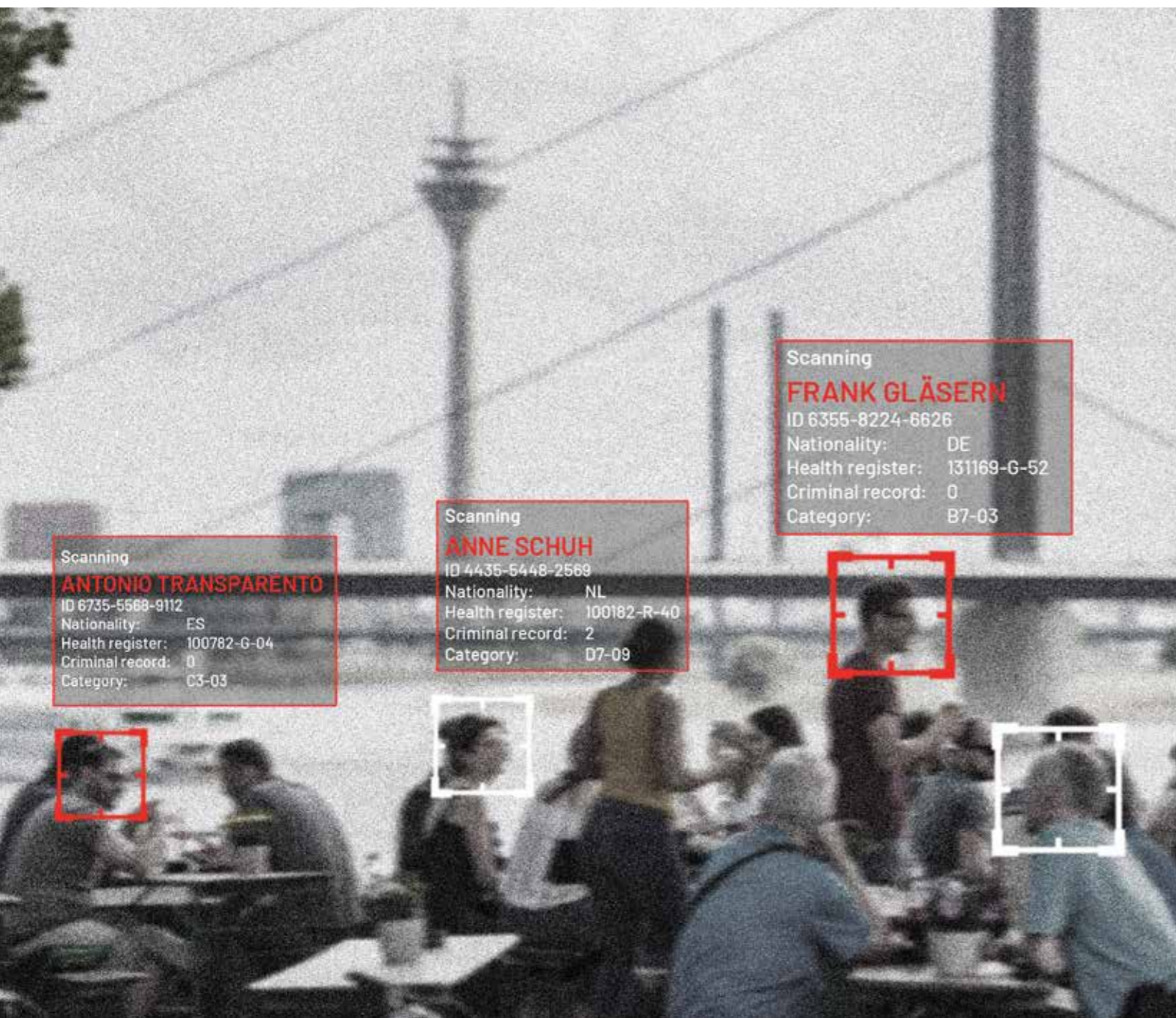
Wie parteiunabhängig kann eine staatliche Institution, die der Exekutive unterstellt ist, von einem CDU-Mitglied geleitet wird und sich auf ‚Experten‘ aus dem linken Lager stützt, überhaupt sein?

“ **Heikel ist dabei, dass der Verfassungsschutz Kritik an der Regierung mit Kritik am Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip gleichsetzt** ”

der Regierung – das demokratische System grundsätzlich infrage stellen, kann aus berechtigten Anliegen der Bevölkerung eine neue extremistische Bedrohung werden.“ Der Wortlaut der Landeszentrale lässt bereits erahnen, dass man sich hierbei an dem vom Verfassungsschutz kreierten Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ orientiert. Heikel ist dabei, dass der Verfassungsschutz Kritik an der Regierung mit Kritik am Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip

KÜNSTLICHE

INTELLIGENZ –



SYMBOLBILD – FOTO VERFREMDET
Quelle: Hympi/Alamy Stock Foto



PROF. DR. DANIEL ZERBIN, MDL
WISSENSCHAFTSPOLITISCHER SPRECHER

BÜCHSE DER PANDORA?

Seit November 2022 schlagen Lehrer und Bildungspolitiker Alarm! Es gibt eine neue Möglichkeit, Texte ohne großen Stress zu erstellen. Einmal ChatGPT genutzt und schon wird von der künstlichen Intelligenz (KI) ein Text erstellt, der in den meisten Fällen wirkt, als hätte ihn der Schüler oder Student selbst verfasst. Welche bildungsrelevante Eigenleistung stellt sich somit noch?

Manch einer sieht in der KI schon prometheische Ansätze, also eine alles überragende Entwicklung. So überschlagen sich die Experten regelmäßig mit Prophezeiungen der Möglichkeiten. Andere, kritische Stimmen halten die KI für eine Büchse der Pandora, die neben der Hoffnung auch alles Übel der Welt enthält.

ChatGPT ist eine Software, die eine Konversation mit einem Menschen simulieren und auf Grundlage der Eingaben des Nutzers eigene Texte erstellen kann. Während diese Software also textbasiert arbeitet, gibt es auch KI in völlig anderen Bereichen. DALL-E der gleichen Firma kann beispielsweise möglichst realistische Bilder anhand von Beschreibungen erstellen.

Schon fragen Kritiker, ob die sich stetig verbessernde KI irgendwann den Menschen in einigen Bereichen ablösen könnte. Und falls das passiert: Wer überwacht dann ihre Tätigkeiten? Denn so groß die Entwicklungssprünge sind: Fehleranfälligkeiten bestehen immer noch.

Die enorme Bedeutung dieser Thematik ist mittlerweile auch im Landtag NRW angekommen

Befürworter sehen erhebliches Potential in der Nutzung von KI. Zwar werden einige Bereiche den Menschen durch KI ersetzt, es werden sich aber neue Bereiche eröffnen. Im 19. Jahrhundert wurde

laut Legenden auch vor der Nutzung der Eisenbahn gewarnt, weil Geschwindigkeiten über 30 km/h zu körperlichen Schäden am Fahrer und den Mitreisenden führen würden. Heute werden zwar auch wieder Tempolimits von 30 km/h gefordert, diese haben aber andere Gründe als Schäden an Fahrern und Mitfahrern.

Die enorme Bedeutung dieser Thematik ist auch im Landtag Nordrhein-Westfalen mittlerweile angekommen. So behandelt der Landtag aktuell zwei Anträge zum Thema ChatGPT und KI.

Chancen und Risiken des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz

Auch die AfD-Fraktion hat sich dieses Themas angenommen. So nahm ich als Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses im November 2022 als einziger deutscher Parlamentarier am Treffen der OECD Global Parliamentary Network Group in Paris teil. Dort wurden die Chancen und Risiken des Einsatzes von KI erläutert.

Beispiel Gesichtserkennung:

Während in Berlin ein Versuchsbereich im Fernbahnhof Südkreuz zeitweise für Beobachtungen zugelassen wurde, nutzt China große Teile seines bewohnten Staatsgebiets für Gesichtserkennungen. Dies beinhaltet eklatante Grundrechtseinschränkungen, lässt aber das Gebiet der KI-Forschung und Entwicklung in China schneller wachsen. Deutschland muss eigene Konzepte entwickeln, um nicht von ausländischen und nach westlichen Standards unethischen KI-Entwicklungen eingeholt zu werden.

Die AfD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen setzt sich für die KI-Forschung in NRW ein. Hierfür bedarf es massiver Forschungsanreize, um international wettbewerbsfähig zu bleiben und eine Abwanderung von fähigen Fachleuten zu verhindern.

BEIM BARTE DES PROPHETEN!



Das Oberlandesgericht in Düsseldorf hat eine IS-Rückkehrerin aus Sankt Augustin im Juli 2022 zu einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren und 6 Monaten verurteilt. Die Konvertitin hatte sich im Sommer 2015 dem IS angeschlossen und ihren damals fünfjährigem Sohn gegen den Willen des Vaters mit nach Syrien genommen. Zu Prozessbeginn distanzierte sie sich vom Terrormiliz und legte ein Teilgeständnis ab, was im Urteil berücksichtigt wurde.

Quelle: picture alliance/dpa|David Young



ENXHI SELI-ZACHARIAS, MDL
STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDE
SPRECHERIN FÜR INTEGRATIONSPOLITIK

Bei radikal-islamistischen Organisationen in NRW übernehmen immer mehr Frauen zentrale Aufgaben – Islamisten ohne Bart.

Langer schwarzer Bart, grimmiger Blick und Gebetsmütze – so stellen sich wohl die meisten einen typischen Islamisten vor. Die Realität in NRW ist indes eine andere. Weil die Szene von den Behörden härter bekämpft wurde und einige Drahtzieher ins Gefängnis gingen, mussten Frauen die Lücken schließen: Immer mehr haben sich radikalisiert und sind nun in der islamistischen Szene aktiv. Während sie früher vor allem die Kinder erzogen, übernehmen sie immer häufiger Aufgaben, die sonst Männern vorbehalten waren. Ob das die von Links-Grün vielbeschworene Gleichberechtigung sein soll, bleibt fraglich.

Europäisches Vorbild: Weiße Witwe aus Nordirland

Die aus bürgerlichen Verhältnissen stammende Samantha Lewthwaite soll mehr als 400 Morde in Auftrag gegeben haben und gilt als meistgesuchte Frau der Welt. Bereits mit 17 konvertierte sie zum Islam. Sie ist die Witwe eines Terroristen: Ihr Mann zündete 2005 eine Bombe in der Londoner U-Bahn und tötete sich selbst und 26 Zivilisten. Erst später wurde Lewthwaites Beteiligung an den Anschlägen bekannt. Sie selbst soll sich der

somalischen Al-Shabaab-Miliz angeschlossen haben. Angeblich trat sie auch als Netzwerkerin auf, um neue Selbstmordattentäter und junge Frauen für den IS anzuwerben. 2012 gab sie zu, einen Anschlag auf eine Bar in Mombasa mit 3 Toten organisiert zu haben. Weiter ging es 2013 mit einer Geiselnahme in Nairobi mit 71 Todesopfern. Samantha Lewthwaites Aufenthaltsort ist unbekannt, vermutlich Somalia oder Tansania. Sie steht weltweit auf Fahndungslisten.

Der Verfassungsschutz NRW zählt mittlerweile 630 Islamistinnen

Gerade in NRW sind radikal-islamistische Frauen den Behörden seit Jahren bekannt. Bereits im Jahr 2019 sprach der Verfassungsschutz NRW von 40 bis 50 Salafistinnen, die in einem Frauennetzwerk aktiv seien. Sie würden auch nicht davor zurückschrecken, selbst als Attentäterinnen aktiv zu werden, sie seien gewaltbejahend und gewaltbereit.

Obwohl diese erschreckenden Zahlen bereits vor vier Jahren bekannt waren, unternahm die Landesregierung lange nichts. Wozu diese Untätigkeit führt, hat nun eine Kleine Anfrage der AfD-

Fraktion ans Licht gebracht: Der Verfassungsschutz NRW zählt mittlerweile 630 Islamistinnen.

Die schwarzgrüne Landesregierung scheint mit der Entwicklung nicht Schritt halten zu können: Das Lagebild Salafismus wurde seit 2019 nicht mehr erstellt. Auf Nachfrage beteuerte die Regierung zwar, an einem größeren Lagebild Islamismus zu arbeiten – drei Jahre lang wurde das wichtige Thema aber völlig unbeachtet gelassen. Die Konsequenzen sind nicht zu übersehen und gehen weit über die Radikalisierung von Frauen hinaus. Blickt man auf mit dem Islamismus verbundene Probleme wie Genitalverstümmelung, Ehrenmorde und Zwangsehen, zeigt sich ein erschreckendes Bild. Jedes Jahr kommt es in NRW zu Morden an Frauen durch Verwandte, weil sie einen zu westlichen Lebensstil verfolgen. In allen Sommerferien werden Mädchen und junge Frauen ausgeflogen, um zwangsverheiratet zurückzukehren. Der Rechtsstaat verstummt bei dieser Entwicklung, und so breitet sich selbst auf dem Heiratsmarkt der radikale Islam munter aus. In Düsseldorf wirbt eine Arztpraxis für die Rekonstruktion des Jungfernhütchens für eine standesgemäße Hochzeitsnacht: „Der diskrete Eingriff für Ihre Reinheit.“

1923:

VON IWAR MATERN

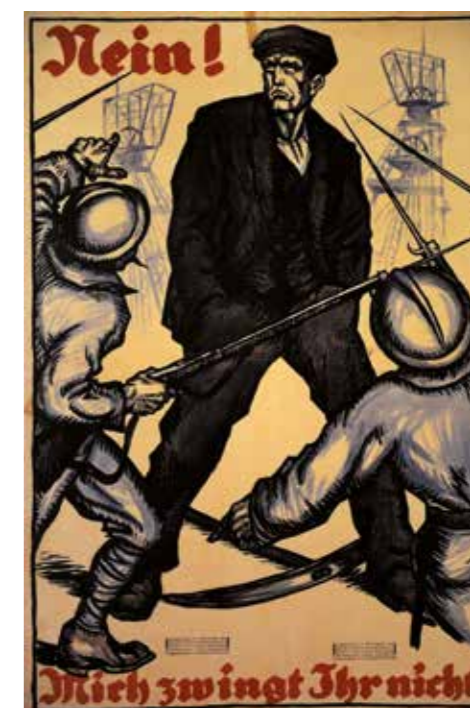
RUHRBESETZUNG, INFLATION UND REZESSION – DIE REPUBLIK IN DER DAUERKRISE

Das Jahr 1923 stellte die Weimarer Republik auf eine harte Probe. Besonders schwer wog die Ruhrbesetzung im Frühjahr. Bis zu 100.000 französisch-belgische Soldaten okkupierten damals das gesamte Ruhrgebiet bis nach Dortmund.

Der Hintergrund war, dass Deutschland mit seinen Reparationszahlungen an die Siegermächte des Ersten Weltkriegs wiederholt in Verzug geraten war. Franzosen und Belgier waren bereits zwei Jahre zuvor, im März 1921, ins Rheinland einmarschiert, das gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrags als entmilitarisierte Zone galt. Nun drohte Paris mit weiteren Besetzungen, sollte die Reichsregierung den Reparationsforderungen nicht nachkommen.

Der französische Ministerpräsident Raymond Poincaré setzte diese Drohung vom 11. bis 16. Januar 1923 in die Tat um, als er das gesamte rheinisch-westfälische Industriegebiet besetzen ließ. Die deutsche Regierung von Kanzler Wilhelm Cuno rief daraufhin am 13. Januar zum passiven Widerstand auf. Die Bevölkerung der Region war dazu angehalten, den Besatzern den Gehorsam zu verweigern und nicht mit ihnen zusammenzuarbeiten. Das galt für die öffentliche Verwaltung ebenso wie für Bergbau und Industrie als Sektoren, die den Großteil der Reparationen leisteten. Seit 1922 waren dies hauptsächlich Sachleistungen wie Holz, Kohle und Stahl. Die Reichsregierung veranlasste Lohnfortzahlungen an zwei Millionen Beschäftigte, was jedoch den Haushalt angesichts der sich abzeichnenden Wirtschaftskrise schnell in finanzielle Not brachte. Um den zum „Ruhrkampf“ ausgerufenen Generalstreik dennoch finanzieren zu können, druckte die Regierung Papiergeld und erhöhte somit die in Umlauf befindliche Geldmenge erheblich. Gleichzeitig wurde die Produktion im Ruhrgebiet stark eingeschränkt, was Waren und Dienstleistungen verknappte. Die hohe Nachfrage bei begrenztem Angebot zog horrenden Preissteigerungen nach sich.

Diese Negativspirale führte schließlich zur Hyperinflation – einem Zustand, in dem die Preise exponentiell ansteigen und das Geld seine Kaufkraft verliert. Am 2. Dezember 1923 entsprach ein US-Dollar dem Wert von 4,2 Billionen Reichsmark (4.200.000.000.000). Die Auswirkungen auf die Bevölkerung und Wirtschaft waren katastrophal. Menschen verloren ihr Ersparnis und hatten Schwierigkeiten, ihre Grundbedürfnisse zu decken. Produzenten weigerten sich Waren gegen die wertlose Währung einzutauschen – es kam zu Plünderungen. Die Krise führte zu einem massiven Vertrauensverlust der politischen Institutionen und trug zur Radikalisierung der politischen Landschaft bei.



Plakat zum Aufruf zur Arbeitsverweigerung und zum gewaltlosen, passiven Widerstand gegen die Besetzung des Ruhrgebietes 1923.

PRISMA ARCHIVO/Alamy Stockfotografie

Ein französischer Soldat bewacht eine Ladung Kohle während der Ruhrbesetzung 1923.

Quelle: colaimages/Alamy Stockfotografie



Nachdem Deutschland mit den Kohlelieferungen in Verzug geraten war, marschierten am 11. Januar 1923 französische Truppen in Essen ein und begannen mit der französisch-belgischen Besetzung des Ruhrgebietes.

Quelle: GRANGER - Historisches Bildarchiv/Alamy Stockfotografie

Während Vertreter von Industrie, Großgrundbesitz und Militär für eine stärkere Zentralregierung und einen autoritären Kurswechsel eintraten, stellten Rechts- wie Linksextreme die Republik gänzlich in Frage. 1920 hatten Reichswehrangehörige und nationalistisch gesinnte Freikorps unter Wolfgang Kapp vergeblich versucht, die Macht in Berlin an sich zu reißen. Am 8. November 1923 scheiterten auch Ludendorff und Hitler mit ihrem Putsch vor der Feldherrenhalle in München. KPD und USPD sahen die parlamentarische Demokratie ebenfalls als Schwäche an und lehnten die Regierung als Teil des kapitalistischen Systems ab. Ihre Vision einer sozialistischen Revolution mündete in mehrere bewaffnete Umsturzversuche, u. a. den sogenannten „Spartakusaufstand“ 1919 in Berlin, den Aufstand der Roten Ruhrarmee 1920 und schließlich den Hamburger Aufstand von 1923.

Die zunehmende Polarisierung zwischen Links und Rechts sowie die damit einhergehende Erosion der politischen Mitte sollten für die Weimarer Republik auch weiterhin prägend sein. Die Auswirkungen der Ruhrbesetzung stellten sie aber auch vor akute Herausforderungen: Streiks, die wirtschaftliche Absperrung des Ruhrgebiets und Produktionsausfälle hatten die deutsche Wirtschaft ruiniert. Zur wachsenden Arbeitslosigkeit kam der Hunger. Anfang August 1923 erreichte Berlin eine Warnung: Die Bochumer Behörden sprachen von einem völligen Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung. In Dortmund war die Unterernährung in einem fortgeschrittenen Stadium, Krankheiten breiteten sich aus und Berichte von politischen Unruhen mit kommunistischem Hintergrund kursierten. Im Reichstag stellte die KPD am 10. August einen Misstrauensantrag gegen den amtierenden Kanzler Cuno, der aufgrund einer von Berlin ausgehenden

Streikwelle immer weiter unter Druck geriet. Die sogenannten Cuno-Streiks erfassten bald Hamburg, die Lausitz, Sachsen und Thüringen: Fabriken wurden besetzt, Betriebsleitungen verjagt. Im kommunistischen Lager wuchs die Hoffnung auf eine sozialistische Revolution. Die Strategie des passiven Widerstands im Ruhrgebiet hatte sich spätestens zu diesem Zeitpunkt totgelaufen, da ein Zusammenbruch der gesamten politischen Ordnung zu befürchten war. Reichskanzler Cuno blieb am 12. August nur noch der Rücktritt.

Seine Nachfolge trat Gustav Stresemann von der Deutschen Volkspartei (DVP) an. Er erklärte den Ruhrkampf am 26. September offiziell für beendet und schuf damit die Voraussetzung für die monetäre wie ökonomische Gesundung der Republik. Zunächst erfolgte die Einführung der Rentenmark, die an Sachwerte wie Grundstücke, Immobilien und Industrieanlagen gebunden war, was das Vertrauen in die Währung wiederherstellte und die Inflation stoppte. Darüber hinaus setzte sich Stresemann für eine Politik der Zusammenarbeit mit den Siegermächten ein. Er erreichte im März 1924 die Unterzeichnung des Dawes-Plans, der u. a. internationale Kredite zur Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft bereitstellte. Des Weiteren verständigte man sich auf eine Anpassung der Reparationszahlungen an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands. Mit der Ratifizierung der Verträge von Locarno gelang es dann 1925 nicht nur die internationale Isolierung zu überwinden, sondern auch Großbritannien und Italien als Garanten der im Versailler Vertrag festgelegten Grenze zwischen Deutschland, Belgien und Frankreich zu gewinnen. Ein Einmarsch wie 1923 hätte fortan ein militärisches Eingreifen der Garantiemächte auf Seiten des Angegriffenen nach sich gezogen.



Hyperinflation 1923 – Kinder spielen mit dem wertlosen Geld.

Quelle: World History Archive/Alamy Stock Photo

KURZ NOTIERT

E-Roller im Rhein: Interessieren die Landesregierung nicht!

Der grüne NRW-Verkehrsminister Krischer schert sich nicht um E-Roller mitsamt Akkus, die im Rhein landen, wie eine AfD-Anfrage ergab. Kenntnis zur Sache: Null. Dafür verweist die Landesregierung auf die Anbieter und untergeordnete Umweltbehörden – die ebenfalls keine Antwort haben. Dabei ist die Sache klar: 2021 wurden allein in Köln mehr als 500 E-Roller im Rhein lokalisiert und geborgen. Wie viel liegen wohl mittlerweile dort?

Klaus Esser



E-ROLLER WERDEN MIT HILFE VON SPEZIALTAUCHERN, EINEM BEIBOOT UND EINEM AUTOKRAN AUS DEM RHEINHAUFEN IN KÖLN GEZOGEN, SEPTEMBER 2021.

picture alliance/
dpa|Federico Gambarini

Steuern abschaffen und vereinfachen: AfD!

Wir sind die Partei des Mittelstandes, der nicht einfach Deutschland verlässt. Wir wollen deswegen unnötige Steuern abschaffen, also auch Erbschaftsteuer und Grundsteuer. Die jüngsten Debatten über die Schonung von Betriebsvermögen zeigen, dass auch letztere ein bürokratisches Monstrum ist. Die Finanzbeamten sollten lieber Steuerkriminalität angehen, wo es mit vertretbarem Aufwand Erfolge geben kann – für Staatsvermögen und Steuermoral.

Dr. Hartmut Beucker

Strom zum Nulltarif – für unsere europäischen Nachbarn!

Am Ostermontag erzeugten die Windindustrieanlagen und PV-Anlagen mehr Strom, als wir in Deutschland benötigten. Gebraucht wurden dadurch händeringend Abnehmer, um das Netz stabil zu halten. Und unsere Nachbarn nahmen den Strom in ihrer „europäischen Solidarität“ gerne ab – und bekamen dafür sogar noch Geld! Der Börsenpreis wurde negativ: minus 0,88 Euro Cent/kWh.

Christian Loose

Keine Antwort ist auch eine Antwort.

Wie senkt man die unverhältnismäßig hohen Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMA) von bis zu 8500 Euro?

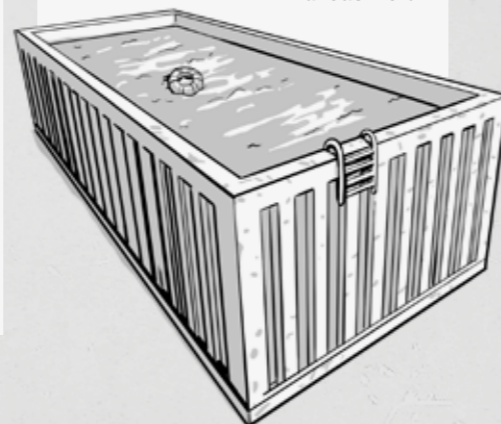
Die Antwort der Landesregierung: „Grundsätzlich wird darauf hingewiesen, dass es keine Grundlage für die mit der Fragestellung verbundenen Vermutung gibt, dass es sich bei den Kosten für UMA um unverhältnismäßig hohe Kosten handelt.“ Ginge doch kürzer: „Gar nicht.“

Enxhi Seli-Zacharias

Schwimmbäder zu teuer – mobile Planschbecken sollen es jetzt richten!

Der Bau und Betrieb von Schwimmbädern ist teuer – zu teuer für die Landesregierung! Doch was tun angesichts der 152.000 Kinder, die 2021 die Grundschule verlassen haben, ohne jemals Schwimmen gelernt zu haben? Schwarz-Grün hat die Antwort: fünf mobile Schwimmcontainer, die jeweils Platz für sechs Kinder bieten – zum Schwimmen-Lernen aber völlig ungeeignet sind. Jetzt rächt sich die jahrzehntelange Vernachlässigung der Infrastruktur!

Andreas Keith



Panne beim NRW-Abi muss Konsequenzen haben!

Die für den 19. April angesetzten Abiturprüfungen wurden am Vorabend zum Prüfungstag kurzfristig abgesagt. Die Schulen hatten vergeblich versucht, die Prüfungsunterlagen beim Ministerium herunterzuladen. Eine Regierung, die pausenlos von Schuldigitalisierung faselt, aber mit der Bereitstellung von Dokumenten für 900 Schulen überfordert ist – das ist Schwarz-Grün in der Praxis. Die technische Panne ist umgehend aufzuklären. Für die Schüler endet ihre Schulzeit im Chaos – das hat Schulministerin Dorothee Feller (CDU) zu beantworten.

Carlo Clemens

Kita-Kollaps in NRW

Der Personalmangel an den NRW-Kitas ist auf einem traurigen Allzeithoch. Durch die herrschende Politik wird er sich in den kommenden Jahren noch weiter ausdehnen. Die AfD ist die einzige politische Kraft, die eine grundsätzliche Änderung der Handlungsweise anstrebt und die Endlosschleife des Fachkräftemangels durchbrechen will. Deshalb fordern wir seit Jahren u. a. ein Betreuungsgeld für Eltern, die sich selbst um die Betreuung ihrer Kinder kümmern möchten.

Zacharias Schalley

Teilnahme am Programm Nest – Für die Landesregierung kein Thema!

Beim Programm Neustart im Team (NesT) unterstützen Mentoren Migranten finanziell durch eine Übernahme der Mietkosten für 2 Jahre und ideell durch eine umfassende Betreuung. Auch 2022 war der Andrang edler Helfer, die ansonsten doch „Platz haben“, mit ganzen vier Freiwilligen überschaubar. Erneut nimmt zudem kein Mitglied der Landesregierung teil, um mit gutem Beispiel voranzugehen.

Enxhi Seli-Zacharias

Korruption in der Ukraine

Während der Krieg in der Ukraine seit über einem Jahr anhält, bemerken auch wir in Deutschland und NRW die Auswirkungen. Die anderen Fraktionen im Landtag bekunden ständig ihre Solidarität mit der Ukraine, blenden die Komplexität des Konflikts mit Russland aber völlig aus. Die AfD-Fraktion hat daher einen Antrag zur Bekämpfung der Korruption in der Ukraine eingebracht, um die dortigen strukturellen Probleme anzugehen.

Prof. Dr. Daniel Zerbin

WDR gendert trotzig weiter

Alle Umfragen belegen es: Die sogenannte „genderechte Sprache“ wird von einer großen Mehrheit abgelehnt. Das zieht sich quer durch alle demografischen Gruppen: Junge und Alte, Männer und Frauen, Akademiker und Arbeiter. Beim WDR wird trotzdem munter weiter gendert: Mit skurrilen Ergebnissen wie „Krankenschwester“Innen – ein Gesetzentwurf der AfD sollte das beenden. Sprachwissenschaftler und -schützer waren dafür, die Altparteien lehnten ab.

Sven W. Tritschler



WINDENERGIEANLAGEN BEI ERKELENZ, RHEINISCHES BRAUNKOHLEREVIER

picture alliance/Jochen Tack

Feinstes Tropenholz für unsere Windräder

In jeder dritten Windindustrieanlage wird wertvolles tropisches Balsaholz verwendet – bis zu 6 Kubikmeter je Rotorblatt. Für den „Klimaschutz“ werden damit die Regenwälder in Lateinamerika geopfert!

Christian Loose

Im Liberallala-Wunderland

Hinter den 50% Präzeden lebten einst viele glückliche Liberallalas im demokratischen Wunderland. Weil sie keine eigene Meinung hatten, waren sie mit allen gut befreundet und Milch, Honig und Ministerposten flossen in Strömen.

5%

Heile heile Steuerfeld, drei Tage Regen, drei Tage Schnee, dann tut es nicht mehr weh.

Willkommen im liberalen Wunderland, ihr Mitläufer und Kriegsgewinnler!

SONDER-ANGEBOT!

Bei den hier dargestellten Dialogen und Sachverhalten handelt es sich um fiktive, satirische Darstellungen und nicht um tatsächliche Vorgänge bzw. echte Zitate der dargestellten Personen.

Doch sie belogen den König Wähler und er vertrieb sie eines Wahlachts aus seinem Schloss.



Aus war's mit dem gemächlichen Leben im Schlaraffenland.

Und dazu sind alle Ministerposten samt Entourage verloren.

Was sollen wir tun? Habe mir eben einen Tesla bestellt und eine Wärmepumpe einbauen lassen ... mit welchem Geld soll ich das jetzt bezahlen?

Ich habe die Lösung! Kommt mit mir mit!

Von 28 Sitzen runter auf nur noch 12 ... was für ein Trauerspiel!

Tief im Walde, ganz allein, wohnt die Straxe Zimmermann in ihrem Friedenspanzer.



Oh weh, der Souverän ist arg erzürnt. Rette sich, wer kann!

Hinfort ihr Tagediebe! Mein Vertrauen sei euch entzogen!!!

Hilfe! Lauft um eure Diäten!



Hmm ... Lebkuchenpanzer, die süßeste Erfindung, seit es die Bundeswehr gibt!

MUNCH MUNCH



Knusper Knusper Knäuschen, wer knabbert an meinem Häuschen?



Liebe, gute Frau Straxe, könnt Ihr uns nicht helfen? Viele von uns haben ihre Komfortposten verloren.

Das leuchtet ein!

Wir können doch nicht einfach arbeiten gehen wie dumme Wähler!

Macht euch keine Sorgen, Liberallalas besitzen eine geheime Superkraft!



Superkraft? Ja was für eine Superkraft denn? Liberallalas haben kein Rückgrat, sie sind vollkommen flexibel. Passt mal auf:



Wir Liberale sind für Freiheit!

Wir sind für Überwachung!

Wir sind für bezahlbare Energie für Alle!

Wir sind für den Atomkraftausstieg!

Wer unsere Gesellschaft bedroht, wird abgeschoben!

Jeder soll bleiben!

Werden wir ein Volk der Eigentümer!

Enteignen wir durch die Hintertür!

Ja, das sind wir!

Ja, das sind wir!

Ja, das sind wir!

Ja, das sind wir!

Ja, das wollen wir!

Ja, das wollen wir!

Ja, das wollen wir!



Ohne Rückgrat bekommt man immer einen tollen Job.



Wir müssen die magische Zauberfee anrufen! Also ein okkultes Ritual mit Tieropfer und so?



Nein, mit meinem Telefon! An deiner Frage erkennst du sicher, dass selber denken immer falsch ist!



Hallo Lindi! Ich habe hier nen Haufen Liberallalas, vollkommen rückgratlos, die für alles stimmen, damit wir unsere Regierungsposten behalten.

Null Problemo! Solche Fachkräfte braucht die FDP!

Ich schicke sofort einen Hubschrauber, der die ganze Bande zu mir nach Berlin fliegt.



VRRROONN! Schnell wie der Wind wurden die Liberallalas nun auf Kosten des Steuerzahlers nach Berlin geflogen, wo die gute Fee Lindi schon wartete.



Dich mache ich zum Migrationsbeauftragten. Und du bekommst einen Universitätslehrstuhl.

Heureka!

PING!

Jippy!

Und wenn sie nicht gestorben sind, dann feiern sie noch heute.

Idee: Sven W. Tritschler Zeichnungen: Paul Janson



STEPHAN BRANDNER
MITGLIED DES BUNDESTAGES
PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER

RECHTSSTAAT WEITER AUF DEM ABSTEIGENDEN AST

Das Bundesverfassungsgericht handelt entgegen der Verfassung, die Gewalten sind maximal verschränkt, auf keinen Fall aber getrennt und die Staatsanwälte weisungsgebunden.

Was sich anhört wie düstere Geschichten aus der Dritten Welt, ist längst deutsche Realität. Die obersten Richter – man sollte meinen, die fähigsten – sitzen dort nicht wegen enormer und unumgänglicher juristischer Fähigkeiten, sondern wegen maximal intransparenter Hinterzimmermauscheleien zwischen den Parteimitgliedern, die im Richterwahlausschuss im richtigen Moment ihre Hand heben. Weit mehr als die Leistung entscheidet Parteizugehörigkeit oder -nähe. So werden die Stellen knallhart nach Proporz zwischen CDU, Ampel und der Linken aufgeteilt. Derartige Konstruktionen führen dazu, dass am Ende ein Verfassungsrichter, der selbst Abgeordneter war, über die Verfassungsmäßigkeit eines Ge-

setzes befindet, das er selbst auf den Weg gebracht hat. Das zeigt auf, wie aussichtslos der Kampf gegen verfassungswidrige Gesetze auf lange Sicht zu sein scheint. Dass wir als AfD dennoch einige Rechtsstreitigkeiten für uns entscheiden konnten, zeigt nicht etwa, wie unvoreingenommen die Richter waren, sondern wie offensichtlich die Verfehlungen sind, wenn das Vertuschen nicht mehr gelingt.

Es spricht für sich (aber gewiss nicht für den Rechtsstaat), wenn die Ausgaben des Bundesverfassungsgerichts für eigene Rechtsberatung rapide steigen, genauso wie die Mittel, die für das Image verausgabt werden. Dass aus dem stolzen Adler als Symbol des Bundesverfassungsgerichts, der sicher nicht umsonst sein Maul weit aufgerissen hat, heute ein schweigendes, stilisiertes Vögelchen geworden ist, illustriert nur zu gut, was vom höchsten Gericht erwartet wird: Schweigen und abnicken – statt wehrhaft dem

Unrecht entgegenzutreten und für Freiheit, Demokratie und vor allem Grundrechte zu streiten.

Als AfD stehen wir für eine Gewaltenteilung, die ihren Namen verdient hat: Es kann nicht sein, dass weisungsgebundene Staatsanwälte Ermittlungen, etwa gegen Merkel, Scholz, Spahn und Lauterbach, nicht aufnehmen, ob aus politischen Überlegungen oder weil sie ihre eigene Karriere nicht gefährden wollen. Es kann nicht sein, dass die höchsten Richter nach Parteibuch ausgewählt werden und der Richterwahlausschuss nicht einmal ein Schatten seiner selbst ist.

Die wichtigsten und größten Projekte einer zukünftigen AfD-Regierung werden die Entpolitisierung der Justiz und die Stärkung der Gewaltenteilung sein. Die Durchsetzung des Rechts, die Umsetzung dessen, was unser Rechtsstaat vorsieht, muss in den Mittelpunkt der Diskussion rücken. Unser Problem sind meist nicht falsche Gesetze, sondern eine mangelhafte Anwendung und Durchsetzung. Die Buntfärbung der Justiz, der Beigeschmack, es werde nicht im Namen des Volkes, sondern im Namen der Regierenden Recht gesprochen – das hat in einem Deutschland, wie es sich die AfD vorstellt, nichts zu suchen.

5 Gründe für Ihre Spende an die AfD

ANZEIGE



Mit uns wird es **keine Koalition** mit den Grünen geben.



Wir werden **nicht umfallen**.



Ihre Spende „bedreutet“: Wir können **„Innozvationen erwickeln“**.



Ein Euro für die AfD ist kein Euro für **Graichen**.



Nicht vergessen: Sie können Ihre Spende von der Steuer absetzen.



AfD NRW

Bank: Volksbank Düsseldorf Neuss eG

IBAN: DE49 3016 0213 0079 4230 25

BIC: GENODE1DNE

Bitte geben Sie im Verwendungszweck Ihre vollständige Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenquittung zukommen lassen können.

Sven W. Tritschler, AfD NRW, Gladbecker Straße 5, 40472 Düsseldorf

Bilder: IMAGO – Sven Simon, Rüdiger Wölk, NurPhoto, ITAR-TASS, Chris Emil Janßen

Anzeige finanziert durch Dr. Martin Vincentz, Sven Tritschler, Klaus Esser, Enxhi Seli-Zacharias,

Markus Wagner, Christian Loose, Carlo Clemens, Dr. Hartmut Becker, Dr. Daniel Zerbin, Zacharias Schalley.

Impressum

10. Ausgabe | Sommer 2023

Herausgeber: AfD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen
Sven W. Tritschler, stellv. Fraktionsvorsitzender
Platz des Landtags 1 · 40221 Düsseldorf
www.afd-fraktion.nrw

Chefredakteurin: Diana Finsterle (V.i.S.d.P., Anschrift siehe Fraktionsadresse)

Leserservice: Henning Dornauf, Steffen Postler, Bernd Rummler
Ansprechpartner: Steffen Postler
Tel.: 0211 884 -4541
Mail: blickwinkel@afd-fraktion.nrw

Autoren: Dr. Hartmut Becker, Stephan Brandner, Carlo Clemens, Klaus Esser, Andreas Keith, Maximilian Kneller, Christian Loose, Iwar Matern, Zacharias Schalley, Christian Schäler, Enxhi Seli-Zacharias, Sven W. Tritschler, Dr. Martin Vincentz, Markus Wagner, Prof. Dr. Zerbin

Bild- und Grafiknachweise:

DTP: Robert Gorny

Fotos: Tobias Ebenberger

Grafiken und Illustrationen: Robert Gorny, Paul Janson, Götz Wiedenroth u. a.

Alle Fotos, Grafiken und Illustrationen sind Eigentum der AfD-Landtagsfraktion NRW.

Ausgenommen:

Seite 5: IMAGO/Future Image, Bild-Nr.: 0143928884
Seite 10: Shawshots/Alamy Stockfotografie, Bild-ID: 2G7ERWY
Seite 12-13: picture alliance/dpa/Christoph Reichwein, Medien-Nr.: 407426416
Seite 24: IMAGO/Future Image, Bild-Nr.: 100225591
Seite 25: IMAGO/Justin Brosch, Bild-Nr.: 152711585
Seite 36: picture alliance/Fotostand|Fotostand/Grosshanten, Medien-Nr.: 230777127
Seite 38: Hympi/Alamy Stockfotografie, Bild-ID: TT9E58 – Originalfoto verfremdet
Seite 40: picture alliance/dpa|David Young, Medien-Nr.: 307314710
Seite 42: colaimages/Alamy Stockfotografie, Bild-ID: 2MY44EH
Seite 43: PRISMA ARCHIVO/Alamy Stockfotografie, Bild-ID: D5YGA4
Seite 44: GRANGER - Archiv für historische Bilder/Alamy Stockfotografie, Bild-ID: FF6WMM
Seite 45: World History Archive/Alamy Stockfotografie, Bild-ID: D95XM3
Seite 46: picture alliance/dpa|Federico Gambarini, Medien-Nr.: 254890274
Seite 47: picture alliance/Jochen Tack|Jochen Tack, Medien-Nr.: 394318439

Für Grafiken und Fotos externer Urheber gelten deren jeweilige Lizenzfreigaben und Bestimmungen.

Alle Rechte vorbehalten!

Druckauflage: 15.000

Druckerei: pacem druck OHG
Kelvinstrasse 1-3, 50996 Köln

Esseldorf Hbf



JETZT
DAS KOSTENLOSE
BLICKWINKEL-ABO
ABSCHLIESSEN!

Finden Sie die Alternative.



Sie möchten unser kostenloses Magazin **BLICKWINKEL** abonnieren und in Zukunft nach Hause geschickt bekommen? Dazu bitte einfach die beiliegende Postkarte ausfüllen und an uns zurücksenden.

Sie können unser Magazin auch online abonnieren. Der nebenstehende QR-Code führt Sie direkt auf die Anmeldeseite: afd-fraktion.nrw/blickwinkel